



**FRIEDRICH NAUMANN
FOUNDATION** For Freedom.

European Dialogue

ZWISCHEN POLARISIERUNG UND MODERATION

Frankreichs Präsident Macron
und sein Dritter Weg auf dem Prüfstand

Dr. Daniela Kallinich

ANALYSE

Impressum

Herausgeber

Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit
Europäisches Dialogprogramm Brüssel
Avenue de Cortenberg 71
B - 1000 Brüssel
Telefon +32 2 28209-35
Fax +32 2 28209-31

/freiheit.org

/fnf.europe

/fnfeurope

Autoren

Dr. Daniela Kallinich

Redaktion

Europäisches Dialogprogramm
Jeanette Süß

Produktion

COMDOK GmbH

Kontakt

Telefon +49 30 220126-34

Telefax +49 30 690881-02

E-Mail service@freiheit.org

Stand

November 2020

Hinweis zur Nutzung dieser Publikation

Diese Publikation ist ein Informationsangebot der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit. Die Publikation ist kostenlos erhältlich und nicht zum Verkauf bestimmt. Sie darf nicht von Parteien oder von Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden (Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen sowie Wahlen zum Europäischen Parlament).

Inhalt

VORWORT	4
ZUSAMMENFASSUNG	5
EINLEITUNG	6
VOM AUSSENSEITER ZUM PRÄSIDENTEN	7
Der Wahlkampf 2016/2017	7
Regierungsbildung und Parlamentsmehrheit	8
Zwischenfazit	9
ZENTRISMUS IN FRANKREICH – WAS IST DAS?	10
DIE BEDEUTUNG DES LIBERALISMUS IN FRANKREICH	12
DAS FRANZÖSISCHE ZENTRUM – AKTEURE, POLITISCHES GEWICHT UND PROGRAMMATIK	13
Das MoDem – Wegbereiter eines unabhängigen Zentrums in Frankreich	17
Die UDI – Sammelbecken des rechten Zentrums	18
Les Centristes – treue Bündnispartner der Républicains	19
Mouvement Radical – zerrissen zwischen links und rechts	20
Alliance Centriste – in letzter Sekunde auf Macron gesetzt	20
Agir – zwischen Zentrum und Républicains	21
Zwischenfazit	21
UND MACRON?	23
LREM – das Start-up des Präsidenten	23
Die Ideenwelt des Präsidenten	23
Europa im Herzen – aber welches?	26
Zwischenfazit: Neue Player im Zentrum?	27
FRANKREICH, QUO VADIS?	28

Vorwort

Als Emmanuel Macron mit seiner 2016 gegründeten politischen Bewegung La République en Marche (LREM) im Mai und Juni 2017 die Präsidentschafts- und Parlamentswahlen gewann, kam dies nicht weniger als einem politischen Erdbeben gleich. Bedingt durch das Mehrheitswahlrecht war die politische Landschaft unseres Nachbarlandes bisher von einer klassischen Dichotomie aus sozialistischer Parti Socialiste (PS) und den konservativen Les Républicains (LR, bis 2015 UMP) geprägt. Mit den weiteren zentristischen Parteien Mouvement Démocrate und Agir ging Macrons Bewegung schließlich ein Regierungsbündnis ein. Dieses neue Spielfeld zieht auch die Frage nach sich, welcher dieser Akteure für die deutschen Liberalen einen natürlichen Partner darstellen kann. Zudem hat sich auch die europapolitische Zusammenarbeit verändert: durch den Zusammenschluss mehrerer französischer zentristischer Parteien unter der gemeinsamen Wahlliste Renaissance bei den Europawahlen erklingt fortan eine neue französische Stimme innerhalb der Renew-Europe Fraktion. Die liberal-zentristische Fraktion ist numerisch im Gesamten gestärkt, aber zugleich auch heterogener geworden. Und nicht zuletzt zeigte auch die Umbenennung der ehemaligen ALDE-Fraktion in Renew-Europe, dass in Frankreich ein anderes Liberalismus-Verständnis vorherrscht, das es zu erklären gilt.

In diesem Zusammenhang fungiert die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit als Mittlerin zwischen der politischen, wirtschaftlichen und zivilgesellschaftlichen Ebene und ist bemüht, den seit Macrons Wahl eingeschlagenen Reformkurs Frankreichs durch den Ausbau eines deutsch-französisch-europäischen Netzwerks analytisch und kommunikativ zu flankieren. Mit der vorliegenden Publikation möchte das Europäische Dialogprogramm der Stiftung einen Beitrag zum besseren Verständnis über den politischen Kompass der aktuellen Politik Macrons als auch der übrigen zentristischen Parteien leisten. Die Studie bietet einen Überblick über die verschiedenen zentristischen Akteure und damit über einen weniger beleuchteten Ausschnitt des parteipolitischen Systems Frankreichs. Sie sensibilisiert für den insbesondere aus einer deutschen Sicht oft missverstandenen Liberalismus-Begriff in Frankreich. Sie richtet sich damit vor allem an frankophile politische Entscheidungsträger als auch – im Sinne unseres politischen Bildungsauftrags – an ein breiteres Frankreich-interessiertes Publikum.

Wir sind davon überzeugt, dass eine gut funktionierende Zusammenarbeit in den deutsch-französischen Beziehungen insgesamt und für das Entstehen von freiheitlichen Werten im Besonderen nur durch eine intensive Beschäftigung mit den Positionen des jeweils Anderen gelingen kann.

Jeanette Süß,

European Affairs Manager und
Leiterin der Frankreich-Aktivitäten
innerhalb des Europäischen Dialogprogramms
der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit, Brüssel

Zusammenfassung

Ambitioniert, liberal und zentristisch – so lassen sich Wahlkampf und erste Hälfte der Amtszeit des französischen Präsidenten Emmanuel Macron beschreiben. Doch wo genau der junge Präsident politisch zu verorten ist, wie der rote Faden seiner Politik aussieht, was es mit „seinem Liberalismus“ auf sich hat und vor allem, in welche Richtung sich seine Politik entwickeln wird, ist schwieriger zu deuten.

Dies liegt nicht zuletzt daran, dass bereits die Attribute, die Macron häufig verliehen werden, viel Deutungsspielraum bieten und darüber hinaus in Frankreich anders verstanden werden als in Deutschland. So ist das politische Zentrum nicht nur ein schillerndes Konzept, das bereits als theoretische Vorstellung kaum Anhaltspunkte dazu liefert, was eine Zentrumsparterie eigentlich ausmacht. In der Praxis des politischen Lebens in Frankreich ist das Zentrum zudem vielgestaltig, bunt und äußerst fluide. Obwohl es mit Christdemokratie, politischem Radikalismus und Liberalismus einige durchaus konstante Parteitraktionen in der Mitte der Parteienlandschaft gibt, verändert sich das Zentrum mit umbenannten, abgespaltenen, fusionierenden oder neu gegründeten Parteien ständig. Unterschiedliche Bezeichnungen der Fraktionen in Senat und Nationalversammlung und bei den Parteien sowie häufige Personalrochaden steigern diese Unübersichtlichkeit noch zusätzlich. Seit Neuestem wird darüber hinaus versucht, Emmanuel Macron und die von ihm gegründete Bewegung En Marche! im Zentrum einzusortieren – ein Vorgehen, das angesichts einiger inhaltlicher Überschneidungen, z. B. bei den pro-europäischen Einstellungen, durchaus naheliegt, aber dennoch nicht zu eindeutigen Ergebnissen führt.

Ähnlich vielschichtig ist auch der Begriff Liberalismus in Frankreich besetzt. Für die einen ein Schimpfwort, erscheint er, so zeigen es Umfragen, vielen anderen als leere Worthülse, mit der sich sowohl wirtschaftspolitische als auch gesellschaftspolitische Positionen fassen lassen. Während eine wirtschaftsliberale Grundhaltung dabei grundsätzlich eher mit dem konservativen, rechten Lager verbunden wird, werden die gesellschaftsliberalen Werte eher der Linken zugeordnet. Im Zentrum wiederum werden eine Art wirtschaftsliberale Politik mit sozialer Note sowie ein Wertehaushalt irgendwo zwischen streng konservativen und libertären Grundhaltungen angesiedelt. Dies erschwert die Einordnung Macrons auf der Links-rechts-Skala umso mehr, scheint er doch beiden Ausprägungen des Liberalismus zuzuneigen. Kein Wunder also, dass Macron aus deutscher Sicht, insbesondere, wenn man seine Wirtschaftspolitik betrachtet, als eine Art „Bilderbuchliberaler“ gilt.

Mit einem pro-europäischen, zentristischen und sozialliberalen Kurs angetreten, waren zunächst der Wahlsieg Macrons sowie die Parlamentsmehrheit für En Marche! an sich Überraschungen. Nie zuvor war es in der V. französischen Republik einem politischen Newcomer gelungen, gleichsam aus dem Nichts und ohne Lagerbindung das höchste Staatsamt zu erreichen. Erstmals entschieden sich die Wähler_innen für einen Vertreter eines Dritten Wegs, einen Politiker, der bewusst mit allen Lagern jenseits der Extreme zusammenarbeiten wollte. Kaum verwunderlich ist es daher, dass die Vertreter_innen des traditionellen politischen Zentrums, allen voran das Mouvement Démocrate, in Macron den Vollender ihrer langgehegten Ambitionen eines unabhängigen und regierungsfähigen Zentrums sahen. Mit ihnen und weiteren kleineren Zentrumspartertien macht sich Macron seit seiner Wahl daran, seine Politik umzusetzen, eine Regierungsmehrheit zu schmieden und eine gemeinsame Liste für die Europawahlen sowie mit Renew Europe eine neue, erweiterte Fraktion im Europaparlament zu bilden. Unterstützt von vielen Zentrums-, aber auch moderaten Kräften aus beiden Lagern begannen die Regierungen unter Édouard Philippe und Jean Castex, ihr ambitioniertes Reformprogramm in die Tat umzusetzen. Dies allerdings führte mit der Gilets Jaunes-Bewegung nicht nur zu einer der größten französischen Protestbewegungen der vergangenen Jahrzehnte, sondern auch zu einer generellen Debatte über die Verfasstheit der Demokratie in Frankreich im Allgemeinen sowie über die politische Orientierung der Regierung und des Präsidenten im Besonderen. Allzu viele Reformvorschläge wurden einem wirtschaftsfreundlichen und damit aus französischer Sicht neoliberalen rechten Lager zugeordnet. Gepaart mit einigen rhetorischen Fehlgriffen des Präsidenten stand dieser schnell als „Präsident der Reichen“ da. Seine progressiven, sozialen und gesellschaftspolitischen Politikvorhaben reichten zunächst kaum aus, um diesen Eindruck zu revidieren und sein Image bei den Wähler_innen weiter in der Mitte oder gar moderat links hochzuhalten.

Gleichwohl sind auch hier, gerade in jüngster Zeit, neue Nuancen zu beobachten. Mit der Corona-Folgen-Bekämpfung, die auch in Frankreich einen starken Staat und das Abfedern sozialer Härten in den Mittelpunkt gerückt hat, haben sich auch die wirtschaftspolitischen Schwerpunktsetzungen verändert. Gleichzeitig hat sich das Profil der Regierung mit dem neuen Premierminister Jean Castex, der im Sommer 2020 ins Amt gekommen ist, sowie einigen Reformen nach rechts verschoben. Eine politische Einordnung Macrons und seiner Regierung fällt damit weiterhin schwer und ist mit der Frage verbunden, wie die zweite Hälfte seiner Amtszeit und der Wahlkampf für die Präsidentschaftswahlen 2022 geprägt sein werden.

Einleitung

Corona, terroristische Attentate, verheerende Naturkatastrophen – die Liste der Herausforderungen, mit denen sich Frankreich im Jahr 2020 zu beschäftigen hat, ist lang. In unserem Nachbarland gelten gerade solche Krisenzeiten als Sternstunden der Exekutive. Und viel stärker als in Deutschland rückt in solchen Phasen der Staatspräsident in den Fokus der Öffentlichkeit. Verfassungsrechtlich hat er ohnehin die Schlüssel-funktion im politischen Leben unseres Nachbarlands inne – entsprechend groß ist auch das Interesse an seiner Person.

Da macht der – insbesondere im Vergleich zu seinen Vorgängern im Amt – junge Präsident Emmanuel Macron keinen Unterschied. Und neben die übliche Aufmerksamkeit für den Präsidenten tritt bei ihm und seiner Präsidentschaft noch eine andere Perspektive: der Versuch, das (zumindest scheinbar) Neue, Unbekannte und Innovative seiner Politik zu entschlüsseln. Denn mit der Wahl Macrons zum französischen Staatspräsidenten im Frühling 2017 wurden einige sicher geglaubte Vorstellungen über die Funktionsweise der Politik in unserem Nachbarland auf den Kopf gestellt. Nachdem jahrzehntelang ein bipolares Parteiensystem den politischen Wettbewerb geprägt hatte, hatte mit Macron nun einer gewonnen, der sich und seine Politik quer zu den klassischen politischen Lagern platzierte. Mit *La République en Marche* (LREM; kurz auch *En Marche!*) hatte er dazu eine neue politische Bewegung geschaffen, mit deren Erfolg bei den Wahlen zur Nationalversammlung, die wenige Wochen nach den Präsidentschaftswahlen stattfanden, kaum jemand gerechnet hatte. In ihrem Gefolge kamen die schon fast totgeglaubten Zentristen des *Mouvement Démocrate* (MoDem) dank kluger Bündnispolitik wieder in Fraktionsstärke in Parlament und ministerielle Verantwortung. Die parteipolitischen Vertreter_innen eines Dritten Weges jenseits von links und rechts hatten in Frankreich also schlagartig an Bedeutung gewonnen. Kein Wunder also, dass seither um Erklärungen für den Erfolg und um Einordnungen der neuen politischen Kraft und ihrer Verbündeten gerungen wird, waren Dritte Wege, überparteiliche Regierungen und zentristische Alternativen bis vor Kurzem doch eher mit dem Menetekel des Scheiterns verbunden.

Auch viele deutsche politische Akteure suchen nach einer Verortung der aktuellen französischen Regierung – bietet doch Macrons Etikettierung bzw. Zuordnung zu einem politischen Lager für sie die Chance, sich den Hoffnungsträger der französischen Politik zum gleichsam natürlichen Partner zu machen. Im Europaparlament ist die Partei des neuen europapolitischen Vordenkers eine herausfordernde neue Akteurin, deren Einzug die traditionelle Fraktionslandschaft durcheinandergewirbelt hat. Auch für deutsche Parteien, insbesondere die FDP, stellte sich so im Zuge der Europawahlen 2019 die Frage der Bündnisoption. Es überrascht daher kaum, dass auch aus deutscher Sicht versucht wird, Macron und LREM einer traditionellen (deutschen) Parteifamilie zuzuordnen. Einfach ist dies jedoch aus mindestens zwei Gründen nicht: Einerseits ist es angesichts der Kürze der Zeit, die Macron und LREM politisch agieren, schwierig, eine ideologische „rote Linie“ zu identifizieren – waren doch die äußeren Einflüsse auf die Machthabenden in Paris angesichts von *Gilets-Jaunes-Protesten* (Gelbwesten-Protesten), Corona und „ererbten“ Sachzwängen ebenso wirkmächtig wie zum Teil unvorhersehbar. Andererseits – und das erschwert die vergleichende Perspektive ohnehin – kann nicht einfach das Modell des deutschen Parteiensystems über das französische gestülpt werden. Vielmehr haben historische Entwicklungen und politische Kulturen unterschiedliche Parteifamilien hervorgebracht, die eine Vergleichbarkeit, also die Einsortierung in dieselben Schubladen, erschweren. Begriffe und politische Label wiederum sind in beiden Ländern oft unterschiedlich belegt. Eine besonders häufig gestellte Frage zur ideologischen Verortung Macrons und seiner *Marcheurs* bzw. seiner weiteren aktuellen und potenziellen Verbündeten auf dem Dritten Weg lautet, ob sich mit ihnen nun Liberale in Frankreich durchgesetzt haben und ob es damit nun – aus deutscher Perspektive – auch einen natürlichen Bündnispartner für die deutschen Liberalen in Frankreich gibt.

Vom Außenseiter zum Präsidenten

Der Wahlkampf 2016/2017

Emmanuel Macron hat in der kurzen Zeit, in der er sich vor seiner Wahl den Wähler_innen in Frankreich vorstellen konnte, keinen Hehl daraus gemacht, sich keiner der etablierten Parteien zuordnen zu wollen und darüber hinaus eine Modernisierung und Transformation der französischen Demokratie anzustreben. Seine Rhetorik schwankte zwischen „weder links noch rechts“ und „sowohl links als auch rechts“; in seinem programmatischen Wahlkampfbook versprach er nicht weniger als eine Revolution. Während das Leitmotiv von Bruch, Veränderung und Systemwechseln in französischen Präsidentschaftswahlkämpfen immer wieder auftaucht, war die überparteiliche Linie angesichts des historisch häufig wiederkehrenden Misserfolgs unabhängiger oder zentristischer Präsidentschaftskandidaten ein recht gewagtes Unterfangen und hat beträchtliche Auswirkungen auf politisches Handeln und Verortung. Bis in den Februar 2017 hinein rechnete, den traditionellen Gepflogenheiten der V. Republik Frankreichs folgend, kaum jemand mit einem Erfolg des Newcomers. Denn bis zuletzt hatten in Frankreich drei „goldene Regeln“ für Präsidentschaftsanwärter_innen gegolten, die nur in äußerst seltenen Fällen außer Kraft gesetzt worden waren: die Akzeptanz der traditionellen bipolaren Links-rechts-Ordnung des politischen Lebens, die Notwendigkeit, einer *parti présidentiel* (Präsidenten-Partei; also eine Partei, die in der Lage ist, regelmäßig erfolgversprechende Präsidentschaftskandidat_innen aufzustellen) anzugehören, sowie langjährige Vorerfahrungen als (Premier-)Minister. Dass Macron, obwohl er all diese Bedingungen nicht erfüllte, trotzdem gewählt wurde, führen Beobachter_innen auf eine besondere Gemengelage in den Jahren 2016 und 2017 zurück.

Die Präsidentschaftswahlen 2017 schienen zunächst recht vorhersehbar: Noch ein Jahr vorher zweifelte den Umfragen zufolge kaum jemand daran, dass mit Alain Juppé ein gemäßigter Konservativer aus den Reihen der konservativen Republikaner Frankreichs neuer Präsident werden würde. Dies schien auch den Umfragen Rechnung zu tragen, denen zufolge sich viele französische Wähler_innen auf einer Links-rechts-Skala eher mittig oder rechts einordneten und Juppé dieser Durchschnittsverortung durchaus entsprach. Gegen ihn sprach allerdings von Anfang die Tatsache, dass er als ehemaliger Premierminister und langjähriger Spitzenpolitiker ein typischer Repräsentant der traditionellen V. Republik war und damit kaum dem Anspruch vieler Menschen entsprach, die sich, von Demokratie und politischem System enttäuscht, irgendeine Art von (System-)Wechsel erhofften.

In der PS gingen zunächst die meisten davon aus, dass der amtierende Präsident François Hollande für eine weitere

Amtszeit zur Verfügung stehen würde, wenngleich seine Chancen auf eine Wiederwahl angesichts seiner Umfragerwerte gering waren. Auch der Rücktritt Emmanuel Macrons vom Amt des Wirtschaftsministers sowie die Gründung seiner Bewegung En Marche! wurden zunächst kaum als relevant für die Wahl eingestuft, schließlich hatte sich Macron stets loyal gegenüber Hollande gezeigt.² Die Sozialist_innen sahen in ihm jedenfalls keinen Rivalen. Am linken und rechten Rand standen mit Jean-Luc Mélenchon für La France insoumise (FI) und Marine Le Pen für den Front National (FN) die Kandidat_innen früh fest; Einheitskandidaturen mit den gemäßigeren Parteien der jeweiligen Lager waren nicht vorgesehen. Alles schien auf den Kampf zwischen links und rechts und im jeweiligen Lager zwischen gemäßigt und extrem hinauszulaufen.

Les Républicains entschieden sich im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen, gemeinsam mit einigen potenziellen Bündnispartnern Vorwahlen abzuhalten, die zu einem überraschenden Ergebnis führten: Anstelle des gemäßigten Juppé wurde der katholische, liberal-konservative François Fillon, ehemaliger Premierminister unter Nicolas Sarkozy, zum Spitzenkandidaten gewählt, was unmittelbar zu einer Polarisierung im rechten Lager führte. Und auch bei den Sozialisten lief es anders als gedacht: Der glücklose Präsident Hollande verzichtete auf eine erneute Kandidatur und machte so den Weg für Vorwahlen im linken Lager frei. Bei diesen gewann jedoch – entgegen der Erwartungen – nicht der moderate Premierminister Manuel Valls, sondern der Linksaußen Benoît Hamon; Macron war bei diesen Vorwahlen nicht angetreten und hatte bereits zuvor seine unabhängige Kandidatur angekündigt.

Damit traten für die etablierten *partis présidentiels* Les Républicains und Parti Socialiste Kandidaten an, die eher am äußeren Rand ihrer jeweiligen Parteien zu verorten waren, wodurch in der politischen Mitte viel Raum, wenn nicht gar eine inhaltliche Leerstelle entstand. Diese zu füllen, machte sich Emmanuel Macron auf den Weg. Angesichts der Schwäche der traditionellen Zentrumsparteien, allen voran des MoDem, galt es, zahlreiche heimatlos gewordene Wähler_innen zu binden; Umfragen zeigten, wie groß das Wählerpotenzial unter denen, die sich zentristisch oder weder links noch rechts einordneten, war, da diese Wähler_innen typischerweise spät und nicht lagergebunden über ihre Stimmabgabe entscheiden.³ Auch die notorisch schwachen französischen Grünen, die sich traditionell dem linken Lager zuordnen, waren zu diesem Zeitpunkt (anders als man es vielleicht in Deutschland vermuten würde) nicht in der Position, den Raum in der Mitte zu besetzen.⁴ Doch erst mit der „Affaire Fillon“, die den konservativen Kandidaten viel Ansehen und zahlreiche Wählerstimmen kostete, und dem Bündnisversprechen François Bayrous

¹ Macron, Emmanuel: *Révolution*, Paris 2016.

² Die Bezeichnung „En Marche!“ zeigt ihre Nähe zu ihrem Gründer Emmanuel Macron beispielsweise in den jeweiligen Anfangsbuchstaben: EM.

³ Vgl. z. B. Rouban, Luc: *Le Paradoxe du Macronisme*, Paris 2018, basierend auf der Untersuchung *L'enquête électorale française*, in: Sciencepo.fr, URL: <https://www.sciencespo.fr/cevipof/fr/content/resultats-analyses-notes-de-recherche.html> [eingesehen am 8.11.2020].

⁴ Die Grünen hatten in den letzten Jahren insbesondere bei sogenannten „Zwischenwahlen“ im Verhältniswahlrecht größere Erfolge bei den Wähler_innen der französischen Mitte. Bei Präsidentschafts- und Nationalversammlungswahlen hingegen verzeichneten sie kaum gute Ergebnisse.

8 ZWISCHEN POLARISIERUNG UND MODERATION

für das MoDem wendete sich das Blatt zugunsten Macrons. Der Wahlkampf lief in den letzten Wochen einerseits auf eine Konfrontation zwischen der radikalen Linken und der radikalen Rechten hinaus, andererseits und vor allem aber wurde es ein Kampf zwischen progressiver Mitte und den Extremen, der dann – verstärkt durch das französische Wahlsystem – in einen zweiten Wahlgang zwischen Emmanuel Macron und Marine Le Pen kulminierte.⁵

Regierungsbildung und Parlamentsmehrheit

Doch was sagt uns das Geschehen, was sagt uns der Wahlsieg über den Präsidenten Macron und seine Politik und welche Bedeutung hat es für das spätere Regierungshandeln? Gehen wir zunächst chronologisch vor: Macron bildete seine

erste Regierung unter dem Premierminister Edouard Philippe mit (ehemaligen) Angehörigen der Républicains, der PS, des MoDem, der Grünen, von La République en Marche und aus der Zivilgesellschaft. In den letzten Wochen vor seiner Wahl hatten sich immer mehr moderate Angehörige der Republikaner und Sozialisten, aber auch der Grünen und der kleineren Zentrumsparteien En Marche! angeschlossen und sich damit für ein Ministerialamt oder zumindest einen Wahlkreis bei den Wahlen zur Nationalversammlung empfohlen. Premier- und Staatsminister gehörten in der Regierung „Philippe I“ LR, PS, Grünen und MoDem an, was zeigt, wie viele unterschiedliche parteipolitische Strömungen unter dem Dach Macrons zusammenfanden. Die Strategie einer Synthese unterschiedlicher Perspektiven aus verschiedenen politischen Lagern ging also zunächst auf, seine Regierung war sowohl mit Politiker_innen aus der Mitte als auch von rechts und links besetzt.⁶

Abb. 1 | Übersicht über die Anzahl der Minister*innen der Regierung Jean Castex

(Stand: November 2020)

La République en Marche (LREM)*	18	
Territoires de progrès – Mouvement social-démocrate et européen (TDP)	9	
Mouvement Démocrate (MoDem)	5	
Divers Droite	3	
Sans étiquette (keine Parteizugehörigkeit)	3	
Mouvement Radical Social-Libéral (MRSL)	2	
Agir	1	
Parti écologiste	1	
Divers Gauche	1	

* LREM lässt Doppelmitgliedschaften zu, sodass einige Akteur_innen zwei Parteien angehören, hier aber der Übersichtlichkeit Willen nur die ursprüngliche Parteierkunft angegeben wird.

Quelle: eigene Darstellung

Bei den Wahlen zur Nationalversammlung einige Wochen später gelang es LREM, gemeinsam mit seinen Verbündeten des MoDem und Angehörigen anderer Parteien, die LREM ihre Solidarität ausgesprochen hatten, die absolute Mehrheit zu gewinnen. Dies führte zum größten Personalaustausch in der Nationalversammlung während der V. Republik und bedeutete für Républicains und besonders PS eine schallende Niederlage, die sich aufgrund des Parteienfinanzierungssystems auch massiv auf deren Ressourcenausstattung auswirkte. Bis heute haben sich beide Parteien kaum von der Niederlage erholt, sind von innerparteilichen Grabenkämpfen, Personalgerangel und Spaltungen geschwächt. Damit hatte Macron ein weiteres Versprechen einzulösen begonnen, das seine Selbstpositionierung jenseits der traditionel-

len Lager demonstrierte: das Abschneiden „alter Zöpfe“, was durch die personelle Rundumerneuerung der Nationalversammlung eindrucksvoll unterstrichen wurde.

Die majorité présidentielle, also die Regierungsmehrheit im Parlament, setzte sich zunächst aus den Gruppen bzw. Fraktionen der LREM (die zu Beginn der Legislaturperiode die absolute Mehrheit hatte) und des MoDem zusammen. Im Laufe der Legislaturperiode haben sich weitere Gruppen, insbesondere von Zentrumsabgeordneten, der Mehrheit angeschlossen. Mit der parteiübergreifenden, weitestgehend weder links noch rechts verorteten Mehrheit begann Macron, seine Ankündigung umzusetzen, von nun an Politik jenseits traditioneller Lager zu machen.

⁵ Die Ergebnisse: <https://www.interieur.gouv.fr/Archives/Archives-elections/Election-presidentielle-2017/Election-presidentielle-2017-resultats-globaux-du-premier-tour> [eingesehen am 8.11.2020].

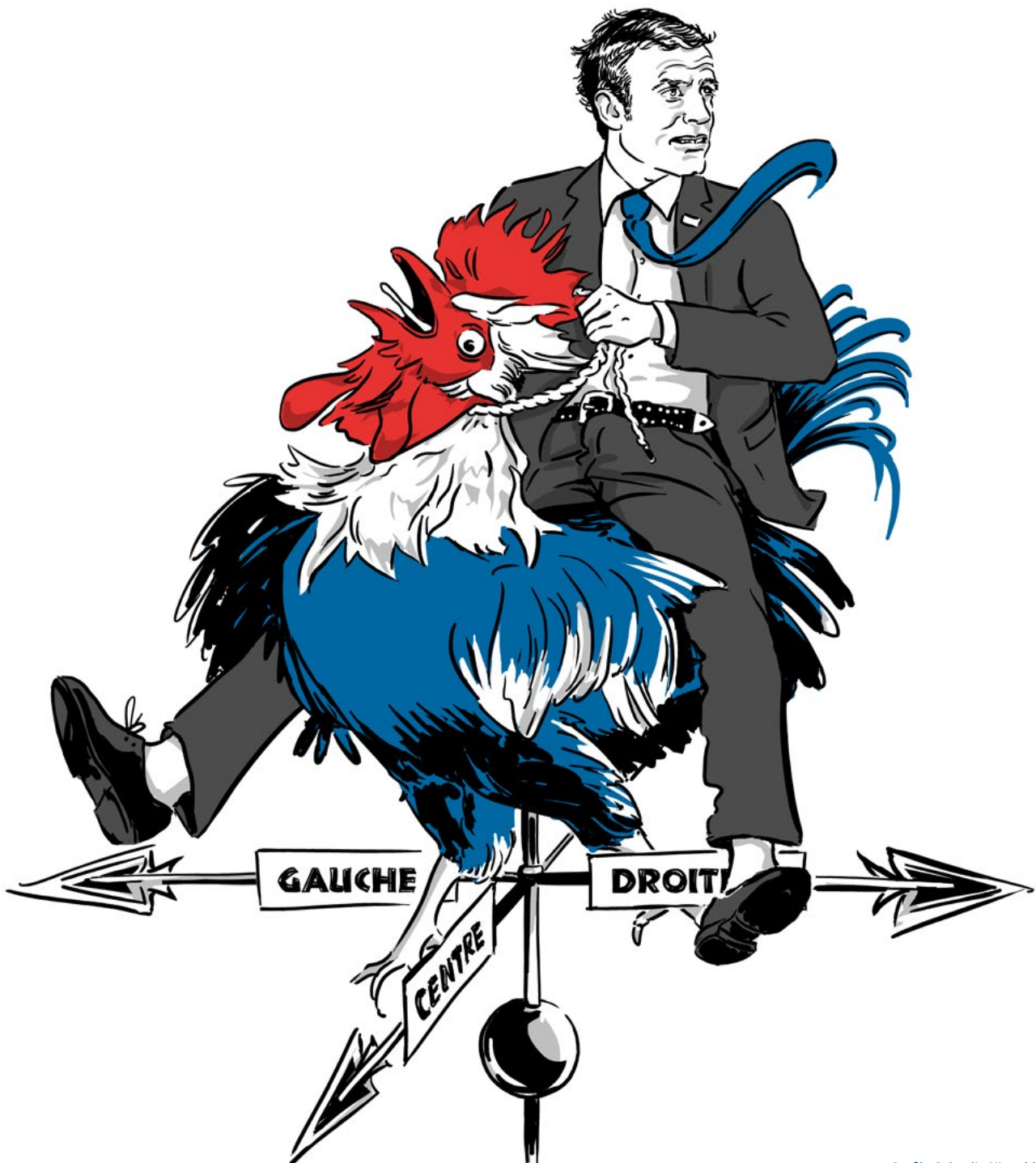
⁶ Ähnliche Zusammensetzungen zeigen die weiteren, während der Präsidentschaft Macrons gebildeten Regierungen „Philippe II“ und „Castex I“. Jean Castex löste Edouard Philippe im Sommer 2020 nach einer schallenden Niederlage der LREM bei den Kommunalwahlen ab.

Zwischenfazit

Auf den ersten Blick hat Macron mit der Bildung einer überparteilichen Regierung, einer Mehrheitsfraktion aus einer neuen Bewegung heraus und dem Mittebündnis etwas geschafft, was vor ihm Vertreter unterschiedlicher Zentrumsparteien immer wieder versucht hatten, ihnen aber nie gelungen war. Selbst der ehemalige Präsident Valéry Giscard d'Estaing, der damit angetreten war, aus der Mitte für die Mitte zu regieren, für die berühmten „deux Français sur trois“ (zwei von drei Franzosen), konnte dies nur im Rechts-Bünd-

nis mit den damaligen Gaullisten tun. Bislang hatte es in der V. Republik keine Regierungen und Mehrheiten in der Mitte gegeben, die ohne Attribut, also linken oder rechten Bündnispartner, ausgekommen waren; zuletzt war François Bayrou mit seiner Linie des hypercentre (etwa: absolutes Zentrum; meint: Zentrum ohne Bindung nach links oder rechts) mehrfach gescheitert. Mit seiner Mischung eines „sowohl als auch“ und „weder ... noch“ gelang es Macron zunächst, das Bedürfnis nach der Links- oder Rechtsorientierung zu überwinden. Doch sind Macron und seine Marcheurs, wie die Angehörigen der LREM genannt werden, damit Zentrist_innen?

Abb. 2 | Weder rechts noch links – ist Macron ein Zentrist?



Zentrismus in Frankreich – was ist das?

Unter den französischen Analyst_innen des politischen Systems gibt es, was die Zentrumsfrage angeht, zwei Lager: diejenigen, die glauben, dass es ein unabhängiges, organisatorisch autonomes, in der Wissenschaft „organisch“ genanntes Zentrum geben kann, und diejenigen, für die das Zentrum „nur“ ein Ort politischer Praxis, ein politischer Stil bzw. eine Strategie ist.⁷ Der Versuch, Zentrumsparteien als faktisch unmöglich im politischen System Frankreichs zu deuten, hat lange Tradition und ist Ergebnis der traditionellen Bipolarisierung des politischen Lebens. Aus Sicht dieser „Zentrumsnegierer_innen“ ist das Phänomen Macron dann auch schnell erklärt: Es handelt sich für sie bei Macron um einen politischen Akteur, der (obwohl selbst einem Lager zuordenbar) im Zentrum regiert und damit eine bestimmte (in seinem Fall zunächst erfolgreiche) Strategie verfolgt. Zwangsläufig aber müsste sich Macron dann früher oder später nach links oder rechts orientieren, um seine politische Position abzusichern, denn: Ohne starken Partner aus einem der beiden traditionellen Lager sind politische Erfolge dieser Lesart zufolge langfristig nicht möglich. Das Regieren im Zentrum ist demnach ein typisches Zeichen für Krisensituationen, in denen Regierungen Nationaler Einheit mit Angehörigen normalerweise rivalisierender Lager und Vertreter_innen Dritter Wege pragmatisch temporär gemeinsam Lösungen suchen.

Folgt man allerdings der anderen Linie, die Regieren nicht nur im, sondern auch durch ein Zentrum für möglich hält, wird es schwieriger, Macron und LREM zu fassen. Dann stellt sich nämlich die Frage, was eine Zentrumspartei ausmacht, wie ihre politische Identität und Ideologie aussehen und ob das dann letztendlich auch auf die aktuell Regierenden zutrifft. Die Verortung als weder links noch rechts oder zwischen dem linken und dem rechten Lager gibt hier zunächst wenige Hinweise, wenngleich sich hieraus die typischen Funktionen von Zentrumsparteien als „Scharnierparteien“ oder Mehrheitsbeschafferinnen ableiten lassen. Bedeutsamer erscheint die Positionierung der Zentrist_innen in Abgrenzung zu den anderen Akteur_innen des politischen Felds: Sie lehnen einerseits vehement un- oder antidemokratische Extreme ab und verweigern andererseits die Einordnung in die bipolare Ordnung. An die Stelle eines Absolutheitsglaubens bzgl. der Richtigkeit politischer Ideologien treten Abwägung, Moderation, Debatte und Kompromissfindung. So verwundert es dann auch kaum, dass man nicht von einer Zentrumsideologie und -identität sprechen kann. Vielmehr gibt es zwar einen Grundkanon typischer Werte und Vorstellungen, allerdings speisen sich diese aus unterschiedlichen Parteifamilien. (Kultureller und gesellschaftspolitischer) Liberalismus, die Verteidigung des Parlamentarismus, ein Fokus auf die Bedürfnisse der Mittelschicht, grundsätzliche Bezüge zum Humanismus⁸ und eine europafreundliche Grundhaltung stellen typische Ziele und eine Art kleinsten gemeinsamen Nenner all jener dar, deren Parteifamilien dem Zentrum zugeordnet werden.

⁷ Vgl. hier und im Folgenden: Kallinich, Daniela: Das Mouvement Démocrate. Eine Partei im Zentrum der französischen Politik, Wiesbaden 2018, hier v. a. S. 171–183.

⁸ Im allgemeinen politischen Verständnis Frankreichs bedeutet Humanismus, dass der Mensch bzw. dessen Würde in den Mittelpunkt der politischen Bemühungen gestellt wird. Insbesondere die zentristischen Parteien beziehen sich explizit auf diese philosophische Denkrichtung, deren Werte allerdings im Falle universell geltender Grundrechte in den westlichen Demokratien zu einer Art politischem Grundkonsens geworden sind.

Das waren in Frankreich zuletzt die liberale, die christdemokratische und die radikale Parteifamilie, auf die sich heute folgende Parteiorganisationen beziehen:

Abb. 3 | Überblick über die wichtigsten Zentrumsparteien in Frankreich

(Stand: November 2020)

Partei(n) 2020	Mouvement Démocrate	Les Centristes	UDI	Mouvement Radical – social – libéral	Alliance Centriste	Agir
Parteifamilie	Christdemokratie	Christdemokratie	Christdemokratie	Radikalismus	Christdemokratie	– (gemäßigte Rechte)
inhaltliches oder strategisches Alleinstellungsmerkmal	„Hyperzentrum“ ohne feste Lagerbindung Humanismus Sozialliberal Pro-europäisch	Treue Bündnispartner von LR Liberal, humanistisch, pro-europäisch, pro-Dezentralisierung	2012–2017 Parteienbündnis, dann gespalten Seit 2017 Abgrenzung von LR Pro-europäisch; inhaltliche Synthese der Komponenten	Republik Laizismus	Humanistisch, sozial, liberal, pro-europäisch	Liberal, sozial, pro-europäisch, humanistisch, reform-orientiert
Gründungsjahr	2007	2007	2012	2017	2009	2020
Bekanntere Vertreter_innen	François Bayrou	Hervé Morin	Jean-Christophe Lagarde	Jean-Louis Borloo (nicht mehr aktiv)	Jean Arthuis (ausgetreten)	Fabienne Keller, Franck Riester
Relevante Vorgänger-Organisationen, Komponenten oder Abspaltung von	(Nouvelle) UDF	(Nouvelle) UDF	(Nouvelle) UDF Bis 2017 Bündnis von NC, PR und AC	Parti Radical, (Nouvelle) UDF	Abspaltung vom MoDem, (Nouvelle) UDF	Abspaltung von Les Républicains, Sammelbecken aus verschiedenen Parteien
Fraktionszuordnung in der Nationalversammlung	Groupe Mouvement Démocrate (MoDem) et Démocrates apparentés	Groupe Libertés et Territoires	UDI et Indépendants	Groupe Libertés et Territoires, LR, LREM, Groupe Agir ensemble	LREM	Groupe Agir ensemble
Abgeordnete in der Nationalversammlung	42	2	16	10	5	20
Fraktionszuordnung im Senat	Union Centriste	Union Centriste	Union Centriste	Union Centriste, Rassemblement démocratique et social européen, République et territoires	Union Centriste	Rassemblement démocratique et social européen, République et territoires
Senator_innen	6	9	35	9	1	6
Europa-Abgeordnete	5	1	0	1	0	1

Quelle: eigene Darstellung

Doch was haben diese mit dem Dritten Weg Macrons gemeinsam? Wie steht es aktuell um das Zentrum in Frankreich? Und welche Schnittmengen gibt es zum deutschen Liberalismus?

Die Bedeutung des Liberalismus in Frankreich

Der Begriff „liberal“ hat bei der Betrachtung des politischen Lebens in Frankreich verschiedene Konnotationen. Eine hier wichtige Unterscheidung betrifft einerseits die politikwissenschaftliche *Bezeichnung der liberalen Parteifamilie* und andererseits das *umgangssprachliche Attribut*, um eine_n Politiker_in, eine Partei oder eine politische Entscheidung oder Aussage zu beschreiben. Darüber hinaus wird der Begriff „liberal“ auch mit unterschiedlichen Inhalten verknüpft: Während er für die einen insbesondere einen wirtschaftsliberalen Kurs meint, dann oft auch synonym zum Begriff „neoliberal“ verwendet wird, geht es für andere um die Einstellung bei gesellschaftlichen Fragen. Traditionell werden Vertreter_innen wirtschaftsliberaler Standpunkte auf der rechten Seite der klassischen Links-rechts-Achse des politischen Lebens Frankreichs verortet, insbesondere dann, wenn sie eben nicht mit einem kulturellen Liberalismus verbunden sind. Ideen des kulturellen Liberalismus sind generell eher links verortet. Verkompliziert wird dies noch durch die Tatsache, dass der Begriff „sozialliberal“ in Deutschland oft mit der sozialliberalen SPD-FDP-Koalition der Jahre 1969-1982 assoziiert wird. In Frankreich hingegen wird der Begriff „sozialliberal“ mehrdeutig verwendet: einerseits von den Zentrumsparteien, die eine liberale Wirtschaftspolitik mit sozialem Ausgleich verbunden sehen und sich von allzu konservativen Gesellschaftsvorstellungen abheben wollen; andererseits als Kategorie zur Einordnung von Wähler_innen, die sich durch ihre besondere Wertemischung von anderen abheben – sie sind für einen möglichst freien Markt, kulturell allerdings fest im linken Lager verortet und nicht mit den typischen Zentrums-wähler_innen gleichzusetzen. Gleichzeitig ist es ihnen wichtig, einen möglichst starken Sozialstaat aufrechtzuerhalten.⁹ Damit wird deutlich, dass sich gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Liberalismus nicht zwangsläufig gegenüberstehen, sondern vielmehr unter-

schiedliche inhaltliche Dimensionen ansprechen. So ist es dann auch kaum verwunderlich, dass der Begriff liberal in der Einordnung von Politiker_innen bis zum Aufkommen Macrons in der öffentlichen Debatte eher weniger relevant war, erlauben andere Attribute doch eine genauere und weniger mehrdeutige Einordnung politischer Kräfte.

Die liberale Parteifamilie wird in Frankreich traditionell als konservativ bzw. rechts verstanden; der renommierte Historiker René Remond hat sie als eine der drei historischen Bestandteile des rechten Lagers verortet.¹⁰ Ihre parteipolitischen Vertretungen bildeten über Jahrzehnte das *centre droite* (rechte Zentrum) und standen seit Beginn des 19. Jahrhunderts für eine moderate Politik des *juste milieu*, also für die Mitte der Gesellschaft und einen gemäßigten Kurs. Ihre Politik beinhaltete sowohl Elemente des kulturellen als auch des wirtschaftlichen Liberalismus. Je nachdem, welche Themen in der Parteifamilie in ihrer langen Geschichte das Gedankengut dominierten, gestalteten die Parteien ihre Bündnispolitik eher Richtung Mitte oder nach rechts. Zahlreiche Parteien wurden über die Jahrzehnte diesem Lager zugeordnet, ihr letzter prominenter Vertreter war der ehemalige Präsident Valéry Giscard d'Estaing. Nach dessen Abwahl entwickelte „seine“ Partei, die die UDF-Komponente Parti Républicain, in den 1980er und 1990er Jahren immer stärker neoliberale Vorstellungen, woraus sich besonders in der Wirtschaftspolitik zahlreiche Überschneidungen mit dem RPR ergaben. Dies führte 2002 dazu, dass die Partei Démocratie libérale in der neugegründeten konservativen Sammlungsbewegung UMP aufging.¹¹ Zumindest was eine (neo-)liberale Wirtschaftspolitik angeht, gibt es seither in Frankreich keine nennenswerte eigenständige Partei mehr. Dies erklärt, warum in der Tabelle keine der aktuellen Zentrumsparteien Bezug zur liberalen Parteifamilie nimmt.

DIE UDF

Die Union pour la Démocratie Française wurde im Jahr 1978 von Valéry Giscard d'Estaing als Parteienföderation unterschiedlicher Zentrumsparteien gegründet, um ein organisatorisches und machtpolitisches Gegenstück zu den Gaullisten im rechten Lager zu bilden; sie verstand sich von Beginn an als *centre droite*, also rechtes Zentrum. Die UDF setzte sich (neben einigen kleineren Akteuren) aus dem christdemokratischen Centre des Démocrates Sociaux (CDS, später Force Démocrate), der Parti Républicain (PR, später Démocratie libérale) und der Parti Radical Valoisien zusammen. Die Union diene den Komponenten, wie die weiterbestehenden Teilparteien einer Parteienföderation in Frankreich genannt werden, dazu, gemeinsam an politischer Bedeutung zu gewinnen und Giscard während seiner Präsidentschaft zu unterstützen. In den Folgejahren war sie ein Vehikel, um im komplizierten Parteiensystem Frankreichs Übersichtlichkeit zu schaffen und die Macht der Zentrumsparteien insbesondere in Konkurrenz zum RPR zu stärken. In der Föderation gerieten die unterschiedlichen Parteitraditionen immer wieder aneinander, was zu internen Machtspielen, Intrigen und Abspaltungen führte. Bruchstellen waren u. a. die Einstellung zu Europa, das Verhältnis zur extremen Rechten, wirtschaftspolitische Fragen sowie – wie so oft im Zentrum – die Bündnisfrage. Mit dem Ausscheiden von Démocratie libérale und der Umbenennung in „Nouvelle UDF“ 1998 wurde ein Weg eingeschlagen, der letztlich zur Trennung der Bande zwischen UDF und RPR/UMP und zur Gründung des unabhängigen MoDem im Jahr 2007 führte.

⁹ Vgl. Rouban, Luc: Existe-t-il un électorat social-libéral? Rapport de recherche, in: <https://hal.archives-ouvertes.fr>, 24.03.2016, URL: <https://hal.archives-ouvertes.fr/hal-01293373/document> [eingesehen am 29.11.2020].

¹⁰ Vgl. Remond, René: Les droites en France, Paris 1982.

¹¹ Zuvor hatte es in der UDF, dem Parteienbündnis der Zentrumsparteien, einen langjährigen Richtungsstreit bzgl. der Gewichtung wirtschaftsliberaler Ideen gegeben. Vertreter_innen der Démocratie libérale versuchten – ohne gänzlichen Erfolg zu haben –, den sozialliberalen Zentrumskonsens hin zu einer neoliberalen Ausrichtung der Union zu verändern. Die Wirtschaftspolitik wurde damit zu einem Spaltplatz der Parteienunion.

Die Auflösung von *Démocratie libérale* bedeutete jedoch natürlich nicht das Ende des Liberalismus in Frankreich, vielmehr leben liberale Werte mit unterschiedlichen Nuancen in den verschiedenen Parteien, insbesondere des Zentrums und des rechten Lagers weiter – je nach Partei haben dabei mal wirtschafts- und mal gesellschaftsliberale Ideen sowie der Anteil des „Sozialen“ eine höhere Gewichtung. LR, die Nachfolgeorganisation der UMP, kann heute als diejenige Partei gesehen werden, in der das wirtschaftsliberale Gedankengut und ihre Verfechter_innen am prominentesten vertreten sind – wengleich auch hier neben anderen Vorstellungen, wie es in Sammelparteien üblich ist. Gesellschafts- und sozialliberale Vorstellungen hingegen finden sich in den Programmen der Zentrumsparteien wieder und dienen diesen als wichtige Teile ihrer Identität.

Im Widerspruch dazu, trotz einer zweihundertjährigen politischen Geschichte und obwohl Frankreich viele liberale Vordenker hervorgebracht, ja mit seiner Devise *liberté, égalité, fraternité* die Freiheit zum Staatsprinzip erhoben hat, wird die Bezeichnung als „Liberale_r“ umgangssprachlich und im politischen Wettbewerb nach wie vor als eine Art politisches Schimpfwort verwendet.¹² Vor allem neoliberale Wirtschaftspolitik wird u. a. mit dem Vorwurf der „*pensée unique*“¹³ nahezu dogmatisch abgelehnt. Damit wird insbesondere die Tatsache kritisiert, dass sich seit den 1980er Jahren in Frankreich die wirtschaftspolitischen Vorstellungen der politischen Lager bis zur Ununterscheidbarkeit angenähert hätten. Über

wirtschaftspolitische Alternativen, so der gängige Vorwurf, werde gar nicht mehr nachgedacht. Darüber hinaus werden neoliberale Ideen, überhaupt ein marktwirtschaftliches System, häufig mit der Rechten und damit einer arbeiter- und arbeitnehmerfeindlichen Grundhaltung in Verbindung gebracht. Diese scheinbar pauschale Ablehnung steht durchaus im Widerspruch zur Tatsache, dass in Umfragen mehr als die Hälfte der Französ_innen den Begriff Liberalismus positiv bewerten. Gleichzeitig – und das ist typisch für die französische Staatsgläubigkeit – forderte 2018 etwa die Hälfte mehr staatliche Interventionen, insbesondere was den Schutz der Bürger_innen in sozialen Härtefällen angeht.¹⁴

Insgesamt, so lässt sich sagen, hat das Attribut „liberal“ bis zur Wahl Macrons 2017 in der öffentlichen Wahrnehmung und der Selbstzuschreibung der meisten Parteien und Politiker_innen in den letzten Jahren eine eher geringe Rolle gespielt. Lediglich im Namen der Fraktion im Europaparlament, der ALDE, der die UDI und das MoDem angehörten, wurde das Attribut überhaupt verwendet und diente als Grundlage für die Zusammenarbeit mit den liberalen Parteien aus anderen europäischen Ländern. Mit dem Aufstieg Macrons, der sich in keine der üblichen Schubladen einordnen ließ, und angesichts seiner Aussagen und Überzeugungen hat diese Zuschreibung jedoch in der politischen Debatte sowie bei der Auswahl der politischen Bündnispartner an Bedeutung gewonnen. Doch inwiefern trifft diese Etikettierung zu? Und können liberale Ideen als Kitt zwischen den Zentrumsakteur_innen dienen?

Das französische Zentrum – Akteure, politisches Gewicht und Programmatik

Nicht nur aus der inhaltlichen Perspektive wirkt das französische Zentrum schwer greifbar, auch organisatorisch erscheint es fluide und von Lagerkämpfen zerrieben. Parteiorganisationen und parlamentarische Gruppen werden gegründet, spalten sich, gehen Bündnisse ein, benennen sich um oder verschwinden von der politischen Landkarte. Kein Wunder also, dass sich viele Menschen in und außerhalb von Frankreich angesichts der verwirrenden Zahl an Parteien, Fraktionen und Attributen kaum noch die Namen der einzelnen Parteien merken – wichtiger sind entweder die historische Zuordnung zur Parteifamilie, ein inhaltliches oder strategisches Alleinstellungsmerkmal oder, was am häufigsten vorkommt, die Assoziation mit einer Person.¹⁵ Wer sich mit der Parteienland-

schaft Frankreichs beschäftigt, nahm die Zentrumsparteien vor 2017, insbesondere seit dem Bedeutungsverlust der UDF, kaum wahr, waren sie doch in Parlamenten und Ämtern kaum vertreten und ihre organisatorischen Vertretungen kurzlebig. Gerade die Christdemokratie ist, was das politische Gewicht angeht, nicht mit der deutschen CDU vergleichbar. Die liberale Partei *Démocratie libérale* war bereits 2002 in der UMP aufgegangen, sodass eine nennenswerte eigenständige parteipolitische Organisation dieser Parteifamilie derzeit nicht existiert. Doch wer tummelt sich in Frankreich konkret unter dem Etikett des Zentrismus und wofür stehen diese Parteien und Fraktionen?

¹² Dadurch unterscheidet sich die französische Einordnung übrigens beispielsweise deutlich von der amerikanischen, wo ja die Liberals dem linken Lager zugeordnet sind. Ähnlichkeit besteht allerdings wiederum darin, dass die Bezeichnung „liberal“ im politischen Wettbewerb häufig abwertend verwendet wird.

¹³ Der Begriff wird nicht nur für den Neoliberalismus, sondern auch für andere scheinbar konsensuale, mit dem Vorwurf der fehlenden Reflexion über Alternativen verbundene Einstellungen verwendet – zur Abgrenzung und Diffamierung.

¹⁴ Vgl. Ifop: Les Français et le libéralisme – Vague 4, in: ifop.com, 8.6.2018, URL: <https://www.ifop.com/publication/les-francais-et-le-liberalisme-vague-4/> [eingesehen am 8.11.2020].

Hier ist darauf hinzuweisen, dass in der Umfrage keine Begriffsklärung oder Differenzierung des Liberalismusbegriffs vorgenommen wird – das heißt, die Interpretation des Begriffs „liberal“ wird den Befragten überlassen.

¹⁵ Vgl. Hüser, Dietmar: Französische Parteien zwischen dem 19. und 21. Jahrhundert. Aufbruch der Tradition und Grenzen des Wandels, in: Ruß, Sabine u. a.: Parteien in Frankreich. Kontinuität und Wandel in der V. Republik, Opladen 2000, S. 15–33, hier S. 21 f.

PARTEIEN IN FRANKREICH

Gerade aus deutscher Sicht erscheinen die ständigen Veränderungen im Parteiensystem Frankreichs schwer nachvollziehbar. Die Gründe für dieses Phänomen, das insbesondere im Zentrum und im konservativen Lager auftritt, sind vielfältig und hängen sowohl mit der historischen Entstehung der Parteien als auch mit dem Selbstverständnis der Abgeordneten zusammen. Diese verstehen sich grundsätzlich zuerst als Vertreter_innen ihres Wahlkreises, die sich darüber hinaus für das Wohl des gesamten Landes einsetzen, und viel weniger als Repräsentant_innen einer Partei. Im Zentrum und rechten Lager wurden in der Vergangenheit viele aufgrund ihrer Rolle als Lokalhonoratioren gewählt. Sie haben sich vor ihrer Wahl auf vielfältige – meist außerpolitische – Weise um ihren Wahlkreis verdient gemacht und ihre Karrieren so traditionell mit einem politischen Mandat gekrönt. Erst im Parlament haben sich diese Honoratioren dann zu Fraktionen und Clubs zusammengefunden, um ihre gemeinsamen Interessen besser vertreten zu können. Der Ursprung vieler Zentrumsparteien liegt daher nicht etwa in außerparlamentarischen Initiativen, sondern im Parlament. Die Parteien haben damit für die Wähler_innen eine viel geringere Bedeutung, als dies beispielsweise in den Milieuparteien des linken Lagers wie Parti Socialiste und Communiste der Fall ist, was sich auch in extrem geringen Mitgliederzahlen und einer sehr schwachen gesellschaftlichen Verwurzelung niederschlägt. Hinzu kommt, dass Parteien ebenso wie andere intermediäre Organisationen einen eher schlechten Ruf haben, als Sektiererinnen und potenzielle Bedrohung der nationalen Einheit gelten. Nicht umsonst tragen die wenigsten französischen Parteien den Begriff „Partei“ im Namen. Lieber gelten sie als Bewegung, Union oder Versammlung.

Allerdings hat die Bedeutung der Parteien auch im Zentrum und rechten Lager heute massiv an Bedeutung gewonnen, beispielsweise in Wahlkampfzeiten. Es hat sich ein wechselseitiges Abhängigkeitsverhältnis zwischen Abgeordneten und Parteien entwickelt, das auch durch das System der staatlichen Parteienfinanzierung unterstützt wird. Ein entscheidendes Element dabei ist, dass sich Abgeordnete in Nationalversammlung und Senat unabhängig von der Wahlliste, über die sie gewählt wurden, jährlich neu entscheiden können, welcher Partei die ihnen persönlich zugeordneten staatlichen Mittel überwiesen werden sollen.

Die aktuellen Umstrukturierungen im Zentrum sind aber auch Ausdruck einer dynamischen Übergangsphase, nachdem das französische Parteiensystem über mehrere Jahrzehnte relativ stabil gewesen war. Diese vergangene Phase, die von einer starken Bipolarisierung zwischen zwei ungefähr gleich starken Lagern, einem rechten und einem linken, mit je einer stärkeren und einer schwächeren Partei geprägt war, kann spätestens seit 2017 für beendet erklärt werden. Doch bereits mit dem Aufstieg des Front National zu Beginn der 2000er Jahre und der Unabhängigkeit des MoDem 2007 hatte sich gezeigt, dass etwas in Bewegung kommt. Mit der Entstehung von LREM wurde insbesondere das rechte Zentrum herausgefordert, die eigene Position neu zu überdenken. Während die Zusammenarbeitserklärung für das MoDem, das die traditionellen Bündnisse nach rechts bereits aufgekündigt hatte, recht einfach war, standen die anderen Akteure des Zentrums vor der Gretchenfrage: dem traditionellen, aber massiv geschwächten und nach rechts rutschenden Partner *Républicains* treu zu bleiben oder aber mit LREM einen alternativen Weg mit unsicherem Ausgang, aber nahe an den eigenen Überzeugungen einzuschlagen. Dieser Konflikt, der alle Zentrumsparteien außer das MoDem durchzieht, ist die wohl wichtigste Erklärung für die ständigen Verwerfungen in der Fraktions- und Parteienlandschaft in der politischen Mitte Frankreichs.

In der Nationalversammlung gibt es im Herbst 2020 vier *groupes minoritaires*¹⁶, die sich selbst als zentristisch bezeichnen und/oder ein deutlich zentristisches Erbe haben;¹⁷ zwei von ihnen sind Partnerinnen der LREM, eine zählt sich weder zum Regierungsbündnis noch zur Opposition, eine gehört der Opposition an. Die zahlenmäßig stärkste unter ihnen ist die Gruppe der MoDem-Angehörigen und einiger Zugeordneter (56 Abgeordnete; Teil der Mehrheit). Weitere Gruppen sind *Agir ensemble* (20; Teil der Mehrheit), die Gruppe der UDI-Abgeordneten (18; weder-noch) sowie die Gruppe *Libertés et Territoires* (18; Teil der Mehrheit)¹⁸.

Im Senat, der zweiten Kammer, wo derzeit *Les Républicains* die Mehrheit haben, gibt es eine kleine Gruppe *Rassemblement des démocrates, progressistes et indépendants* (23), also Senator_innen aus der Bewegung LREM; sie verfügen dort nicht über die Mehrheit und haben sich als *groupe minoritaire* aufgestellt. Traditionell für das Zentrum steht die *Union Centriste* (54, *groupe minoritaire*), die die meisten Zentrumsenator_innen vereint und auch nach der Auflösung der UDF eine Zusammenarbeit der Zentrist_innen im Senat organisiert. Hinzu kommt die *Groupe Les Indépendants – République et Territoire* (13). Beide Zentrumsgruppen haben

¹⁶ In der Nationalversammlung gibt es drei unterschiedliche Arten von Gruppen: die Opposition, die Minderheiten (*groupes minoritaires*) und die Mehrheitsgruppe (*majorité*). Die Verortung als Minderheit oder Opposition erfolgt durch Selbstbezeichnung. Mehrheitsgruppe und einzelne *groupes minoritaires* bilden gemeinsam die *majorité présidentielle*, also die Regierungsmehrheit.

¹⁷ Unter folgender URL kann man sich über die Veränderungen innerhalb der Gruppen in der Nationalversammlung informieren: <http://www2.assemblee-nationale.fr/qui/modifications-a-la-com-position-des-groupes> [eingesehen am 8.11.2020].

¹⁸ Diese Gruppe setzt sich aus Angehörigen unterschiedlichster Kleinstparteien zusammen, die zum größten Teil traditionell dem Zentrum zugeordnet werden. Es sind aber Angehörige der Diversen Linken und Rechten darunter.

Mitglieder über Parteigrenzen hinweg. In der Oppositionsfraktion Groupe du Rassemblement démocratique et social européen (15) sind einige Angehörige der zentristischen Partei Mouvement Radical vertreten.

Die fehlende Übereinstimmung zwischen Gruppen(-namen) der Parlamentskammern und Parteien in Frankreich erschwert Beobachter_innen nicht nur, den Überblick zu behalten. Sie ist auch Ausdruck der unterschiedlichen Logiken in den verschiedenen Systemen Senat und Nationalversammlung, Zentralregierung und Provinz. Die Senator_innen und Abgeordnete der Nationalversammlung bzw. ihre Gruppen ordnen sich

zudem selbst Parteien zu – anhand dieser Verteilung wird dann die staatliche Parteienfinanzierung abgewickelt. Dabei ist nicht zwingend notwendig, dass Parteimitgliedschaft, Fraktionszugehörigkeit und finanzielle Zuordnung übereinstimmen.

Insgesamt lässt sich anhand des Blicks auf die Gruppen in Nationalversammlung und Senat herausarbeiten, welche parteipolitischen Akteure derzeit im Zentrum von Relevanz sind, da es diesen gelungen ist, Abgeordnete in beide Kammern zu entsenden: das Mouvement Démocrate, Les Centristes, die UDI, die Alliance Centriste, Agir sowie die Radikalen.

Abb. 4 | Zusammensetzung der Fraktionen (groupes politiques) in der Assemblée Nationale

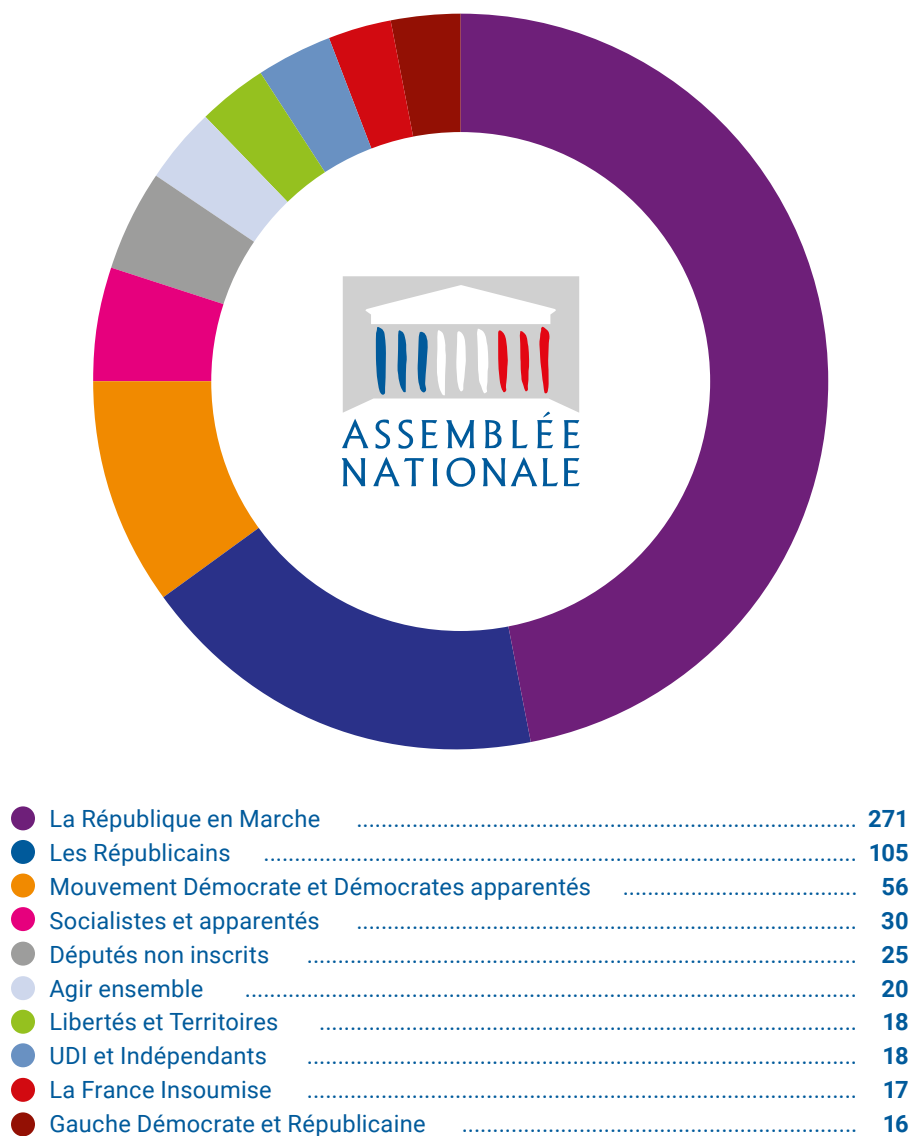
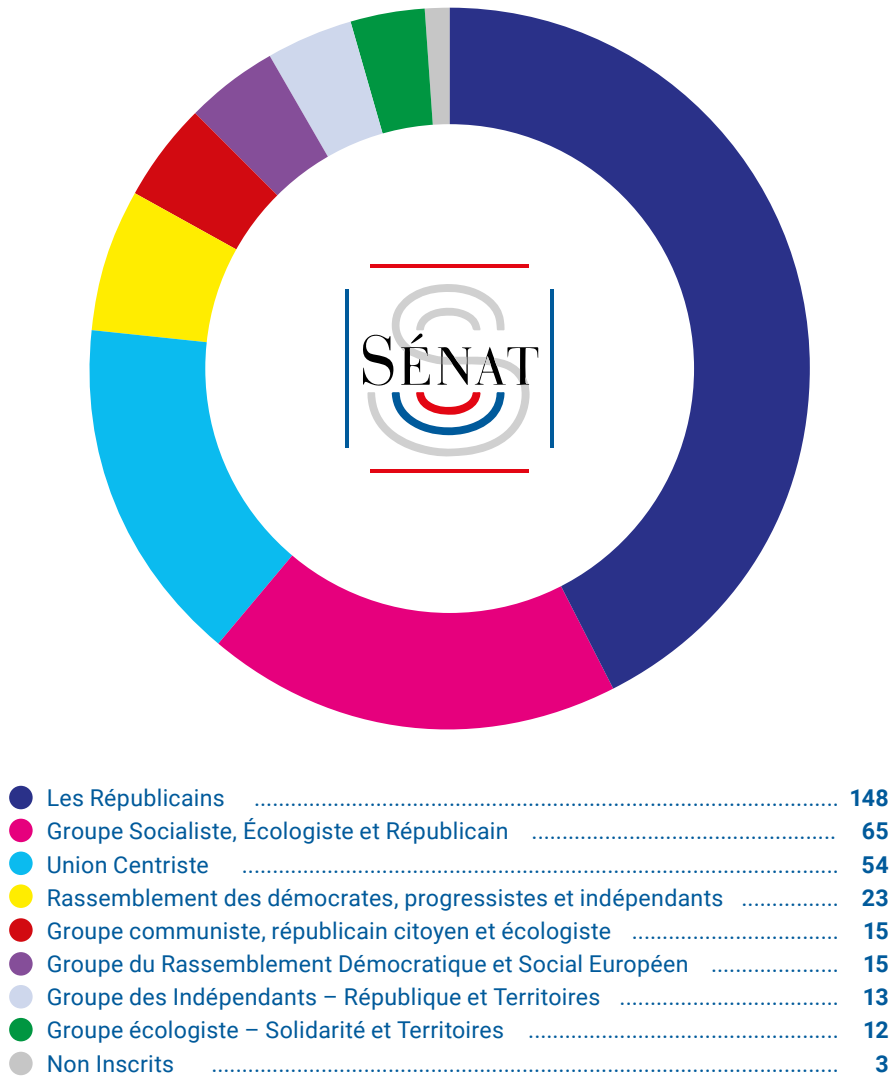


Abb. 5 | Zusammensetzung der Fraktionen (groupes politiques) im Sénat



Quelle: französischer Senat, eigene Darstellung

LREM UND DIE ZENTRUMSPARTEIEN IM EUROPAPARLAMENT

Die Fraktionsverteilung der französischen Abgeordneten im Europaparlament unterscheidet sich ebenfalls von Nationalversammlung und Senat auf nationaler Ebene. Das MoDem bzw. seine Vorgängerorganisation UDF hatte von 2004 bis 2019 der ALDE-Fraktion angehört, die die liberalen Parteien im Europaparlament vereinte. Damit hatten die Angehörigen des Zentrums ihre Abgrenzung zur UMP deutlich gemacht, die beispielsweise gemeinsam mit der deutschen CDU in der EVP-Fraktion (Europäische Volkspartei) vertreten sind. Mit dem Aufkommen von LREM und den europapolitischen Ambitionen Macrons wurde schnell deutlich, dass dieser nicht bereit sein würde, sich einer bestehenden Fraktion anzuschließen, ohne dass in deren Grundstrukturen, wie z. B. der Programmatik oder Bezeichnung Veränderungen vorgenommen würden. So wurden im Vorfeld der Europawahlen 2019 Verhandlungen geführt, um die bestehende ALDE-Fraktion dahingehend zu erweitern, dass die über die französische Renaissance-Liste (LREM, MoDem, Agir, MR) gewählten Abgeordneten dieser beitreten konnten. Ergebnis ist die Gruppe Renew Europe, die sich selbst als zentristisch beschreibt; das Attribut „liberal“ ist aus der Selbstzuschreibung verschwunden – eine Konzession an die französische Abneigung gegenüber diesem Begriff. Aus Frankreich gehören der Renew Europe-Gruppe Abgeordnete an, die folgenden Parteien entstammen: LREM, MoDem, Mouvement Radical und Agir. Aus Deutschland sind Vertreter_innen von FDP und Freien Wählern Mitglied.

Das MoDem – Wegbereiter eines unabhängigen Zentrums in Frankreich

Das MoDem wurde im Jahr 2007 von François Bayrou als Nachfolgeorganisation der Nouvelle UDF gegründet. Markenzeichen ist seither die Betonung der Positionierung im *hypercentre*, also ohne strukturelle Bündnisbindung nach links oder rechts. Bei den Präsidentschaftswahlen 2007 konnte Bayrou mit diesem Zentrumskurs im ersten Wahlgang 18,6 Prozent der Wählerstimmen auf sich vereinen, sodass für einen kurzen Moment die Option eines zentristischen Präsidenten realistisch erschien.¹⁹ Bereits 2012 allerdings pendelte sich sein Ergebnis bei den Präsidentschaftswahlen wieder bei den für das Zentrum typischen ca. neun Prozent ein; auch bei den unterschiedlichen Zwischenwahlen hatte sich der Erfolg des Zentrums nicht bestätigt. Im Vergleich zur Vorgängerorganisation (Nouvelle) UDF, die stets mit den Konservativen paktiert hatte, hat das MoDem seit seiner Gründung massiv an Bedeutung verloren. Dies zeigte sich bis 2017 insbesondere am Verlust fast aller Mandate in der Nationalversammlung, an spürbaren finanziellen Einbußen, einem Bedeutungsverlust auf lokaler Ebene, dem Austritt zahlreicher wichtiger Parteivertreter_innen (der sog. Honoratioren_innen bzw. *notables*) und einem Rückgang der Parteimitglieder. So ist es kaum verwunderlich, dass viele MoDem-Angehörige mit dem Gedanken spielten, den moderaten Konservativen Alain Juppé (der jedoch nicht Kandidat wurde) zu unterstützen. Sie erhofften sich ein Bündnis, aus dem sie gestärkt hervorgehen würden.

Doch es kam anders als erwartet: Durch ein im Februar 2017 angekündigtes Bündnis mit Emmanuel Macron und den in der Folge für MoDem-Kandidat_innen reservierten und gewonnenen Wahlkreisen für die Nationalversammlungswahl konnte sich das MoDem wieder konsolidieren. Mit der Rückkehr ins Parlament in Fraktionsstärke, einigen Ministerposten sowie einer damit einhergehenden besseren Ressourcenausstattung, einigen Übertritten aus anderen Zentrumsparteien und von LREM im Sommer 2020 sowie dem damit verbundenen Verlust der absoluten Mehrheit für LREM ist auch das Selbstbewusstsein der Partei stetig gewachsen, deren Mitgliederzahl zu diesem Zeitpunkt auf etwa 13.000 geschätzt wird. Aufgrund der mittlerweile schwachen lokalen Verankerung gibt es nur noch wenige MoDem-Senator_innen. Die verbliebenen vier gehören der Union Centriste an.

Inhaltlich hat sich das MoDem bei seiner Gründung auf sein humanistisch-christdemokratisches Erbe besonnen. Eine liberale Wirtschaftspolitik mit sozialen Akzenten sowie europafreundliche Forderungen spielen eine wichtige Rolle und stellen auch den Kitt zu LREM dar. Die Partei strebt eine Verfassung für die EU, europäisch erhobene Steuern für gemeinsame Zukunftsaufgaben und eine landesspezifische Grundsicherung für Arbeitnehmer_innen an. Der Auftrag für die Eurozone soll neu formuliert und eine gemeinsame Au-

ßen- und Verteidigungspolitik etabliert werden. Bei den Europawahlen trat das MoDem gemeinsam mit LREM, Agir und dem Mouvement Radical mit der Liste Renaissance an und ist nun mit fünf Abgeordneten in der Renew Europe-Fraktion – der um LREM erweiterten ehemaligen ALDE-Gruppe – vertreten. Dabei ist die Partei Mitglied der Europäischen Demokratischen Partei geblieben.

Bei gesellschaftspolitischen Themen gibt es eine starke Annäherung an sozialdemokratische Positionen, wenngleich in der Partei nach wie vor der traditionelle, aber immer stärker an Bedeutung verlierende Katholizismus und moderne Werte aufeinandertreffen. Das christdemokratische Erbe schlägt sich nicht nur in der europafreundlichen Haltung, sondern auch im Staatsverständnis nieder: Das MoDem steht für mehr Dezentralisierung und setzt sich für Subsidiarität und die Stärkung von Zivilgesellschaft und Unternehmen ein. Lokale Themen sollen vor Ort entschieden werden, die Eigenverantwortung der Bürger_innen wird gefordert, der Staat hingegen gilt lediglich als Garant ihrer Rechte. Allerdings schlägt immer wieder auch ein für das Zentrum eher untypischer Staatsglaube durch, was die Attraktivität der Partei für Wähler_innen aus der gemäßigten sozialdemokratischen Linken erhöht. Dies wird verstärkt von dem Ziel, soziale Ungleichheit über eine Verteilung von Einkommen zu reduzieren. Das führt auch dazu, dass sich das MoDem heute als eine Art soziales Gewissen der Mehrheit versteht.²⁰

Das letzte Programm der Partei stammt aus den Jahren 2011/12, als Bayrou zuletzt als Präsidentschaftskandidat angetreten war. Er stellte damals insbesondere das Thema ausgeglichener Haushalt und als Konjunkturprogramm die Devise „Made in France“ in den Mittelpunkt seiner Kampagne. Steuern, insbesondere die Mehrwert-, Einkommens- und Vermögenssteuer, sollten erhöht und Steuerschlupflöcher geschlossen werden. Erwähnung fand zudem die Nachhaltigkeit. Insgesamt lassen sich viele programmatische Ausrichtungen des MoDem als eine wirtschafts- und sozialpolitische Synthese aus sozialdemokratischen und sozialliberalen Ideen interpretieren, was unter dem Schlagwort der „Sozial-Ökonomie“ einem traditionellen Dritten Weg des Zentrums durchaus entspricht. Immer wieder findet sich dabei auch das deutsche Modell der sozialen Marktwirtschaft als Referenz. Grundsätzlich, so lässt es sich zusammenfassen, stehen die *classes moyennes*, die Mittelschichten, im Zentrum der Politik des MoDem.²¹

Derzeit befindet sich das MoDem in einem internen Diskussionsprozess, bei dem digital Schlüsselthemen der Programm(weiter)entwicklung diskutiert werden: Nachhaltigkeit, Europa und internationale Beziehungen, Demokratie und Bürgerschaftlichkeit, Gesellschaft und Solidarität. Das MoDem hat weiterhin den Anspruch, das Zentrum in Abgrenzung zum linken und rechten Lager zusammenzuführen, und setzt auf eine gemeinsame Strategie aller Angehörigen der aktuellen Mehrheit für die Regionalwahlen 2021.²²

¹⁹ Vgl. zur aktuellen Entwicklung des MoDem besonders Kallinich, a.a.O., ab S. 403

²⁰ Vgl. z. B. o. A.: Le MoDem fait voter des lois „sociales“, in: [mediapart.fr](https://www.mediapart.fr/journal/france/170518/le-modem-fait-voter-des-lois-sociales), 17.05.2018, URL: <https://www.mediapart.fr/journal/france/170518/le-modem-fait-voter-des-lois-sociales> [eingesehen am 8.11.2020].

²¹ Vgl. Fretel, Julien: Un centre sans gravité, in: in Delwit, Pascal (Hrsg.): *Les partis politiques en France*, Brüssel 2014, S. 167–179, hier S. 173 ff.

²² Vgl. Darame, Mariama: A l'Assemblée nationale, le MoDem impose son élargissement dans la majorité, in: [lemonde.fr](https://www.lemonde.fr/politique/article/2020/09/08/a-l-assemblee-nationale-le-modem-impose-son-elargissement-dans-la-majorite_6051421_823448.html), 8.9.2020, URL: https://www.lemonde.fr/politique/article/2020/09/08/a-l-assemblee-nationale-le-modem-impose-son-elargissement-dans-la-majorite_6051421_823448.html [eingesehen am 8.11.2020].

Die UDI – Sammelbecken des rechten Zentrums

Die Union des démocrates et indépendants (UDI) wurde 2012 zunächst als Parteienföderation gegründet, die – ähnlich wie die frühere UDF – auch eine Direktmitgliedschaft zuließ.²³ Sie stellte sich explizit in die Tradition der UDF und hob personelle, inhaltliche und organisatorische Parallelen hervor. Traditionelle UDF-Größen wie Simone Veil und Valérie Giscard d'Estaing erklärten die UDI (im Gegensatz zum MoDem) zur legitimen Nachfolgerin ihrer Politik. Der Union gehörten zunächst die Parti Radical, die Alliance Centriste und das Nouveau Centre an. Ihr Gründungsvorsitzender, der Vorsitzende der Radikalen, Jean-Louis Borloo, war zuvor als Bündnispartner der UMP Minister unter Sarkozy gewesen. Mit dem Machtwechsel 2012 und der neuen Oppositionsrolle für die UMP mussten auch ihre bisherigen Verbündeten für sich eine neue Strategie mit größerer Unabhängigkeit finden. Sie wählten dazu eine *centre-droite*-Linie mit größerer Distanz zur UMP und einer Perspektive auf eine gemeinsame Zentrumslösung.

Die UDI bzw. ihre Komponenten sind in der aktuellen französischen Geschichte das vielleicht beste Beispiel für die strategischen Herausforderungen und internen Querelen, mit denen die Parteien des Zentrums seit der Gründung der V. Republik und der damit einhergehenden Polarisierung des politischen Lebens zu kämpfen haben. Alleine die Frage der Präsidentschaftskandidatur 2017 dient hier als Lehrstück: Stand im Vorfeld durchaus noch die Option von *primaires centristes* im Rahmen der „Alternative“²⁴ zur Debatte (also der erneute Versuch einer unabhängigen Zentrums кандидatur), so verschwand diese Option mit der vorläufigen Linie des MoDem, Alain Juppé als Kandidaten zu unterstützen. Damit blieb die Bündnisoption mit den Republikanern, die die UDI ebenfalls herausforderte: Sollten sie sich an deren *primaires* mit eigenen Kandidat_innen beteiligen? Und wenn nicht – wie es dann auch kam –, wen würden sie unterstützen? Weder die Komponenten für sich noch die Föderation insgesamt fanden einen gemeinsamen Weg, zerrissen zwischen dem verlockenden Dritten Weg über Macron, den unterschiedlichen Linien der Kandidat_innen und der Idee, doch selbst zu kandidieren. Letztlich gab es zwar eine föderationsübergreifende Entscheidung, François Fillon zu unterstützen, doch wurde diese nicht nur durch die „Affaire Fillon“ immer wieder auf die Probe gestellt. Die Alliance Centriste wurde bereits im März 2017 aus der UDI ausgeschlossen, als diese per Mitgliedervotum entschied, den Wahlkampf Macrons zu unterstützen. Erst im Vorfeld des zweiten Wahlgangs kehrte dann mit dem erklärten Ziel, eine Präsidentin Marine Le Pen zu verhindern, Einigkeit ein.

Und auch nach dem Wahlsieg Macrons kam die UDI nicht zur Ruhe: Die Parti Radical verließ Ende 2017 ebenfalls die Union, um mit der Parti Radical de Gauche (PRG) das Mouvement Radical – social – libéral (MR) zu bilden, wodurch eine fast fünfzigjährige Links-rechts-Spaltung der Radikalen in Frankreich zumindest kurzfristig überwunden wurde.²⁵ Auch das NC verließ, wie oben schon beschrieben, die Föderation. Übrig blieb eine Kleinpartei aus Direktmitgliedern und von Personen, die den Austritten ihrer jeweiligen Komponenten jeweils nicht gefolgt waren. Ein wichtiger Grund für diese organisatorischen Veränderungen lag in einem Strategiewechsel: Mit dem Rechtsruck der Republikaner_innen unter ihrem neuen Parteivorsitzenden Laurent Wauquiez kündigte die UDI ihre Grundlinie der „natürlichen“ Partnerschaft mit der konservativen Partnerin auf und positionierte sich gleichzeitig als *centre droite* (rechtes Zentrum) neu im Parteienwettbewerb. Im Gegensatz zum MoDem, das von Anfang an auf der Erfolgswelle Macrons mitsurfte, rang sich die UDI-Fraktion in der Assemblée Nationale erst 2019 dazu durch, die Opposition zu verlassen und als *groupe minoritaire* von nun an die Politik der Regierung als *opposition constructive* zu begleiten. Dies kommt in etwa einer Duldung gleich.

Die UDI ist inhaltlich in der Tradition des wirtschaftsliberalen Flügels der ehemaligen UDF zu verorten.²⁶ Sie steht für eine freie und auf Wettbewerb beruhende Wirtschaft, ist insgesamt wirtschaftsliberaler ausgerichtet als das MoDem. Wirtschaftlich fordert die Partei einen Umbau der Sozialabgaben weg von Lohnnebenkosten hin zu einer höheren Besteuerung von Konsumgütern. Auch das Einkommenssteuersystem soll modernisiert werden. Die 35-Stunden-Woche soll dahingehend überholt werden, dass bis zu 39 Arbeitsstunden pro Woche möglich werden, wovon dann vier Stunden als Überstunden gelten sollen. Gefordert wird auch eine Reform der Arbeitslosenversicherung in Richtung niedrigerer staatlicher Leistungen.²⁷

Typische Zentrumsleitideen der UDI betreffen mit einer massiven Kritik am Zentralstaat und damit einhergehend Forderungen nach Dezentralisierung und Subsidiarität die Staatsorganisation. Ähnlich wie Les Centristes stellt sich die UDI damit in die Tradition der *Girondins* der Revolutionszeiten. Die geforderte „*nation girondine*“ (etwa: dezentral organisierte Nation) soll von einer „*Europe fédérale*“ (einem föderalen Europa) flankiert werden. Um das Ziel, mit Partnern aus der Eurozone eine gemeinsame Regierung für Wirtschaftsfragen aufzustellen, zu erreichen, wird auch ein „Europa der zwei Geschwindigkeiten“ in Kauf genommen, also dass Mitgliedsländer der EU je nach ihrer Bereitschaft mit unterschiedlicher Geschwindigkeit weitere Integrations-schritte vollziehen. Gefordert werden auch von der EU selbst

²³ Wenn Parteienbündnisse Direktmitgliedschaften zulassen, können sie auch unabhängig von den Komponenten existieren. Dies ist besonders relevant, wenn einzelne Komponenten das Bündnis verlassen.

²⁴ 2013 hatten MoDem und UDI eine gemeinsame Charta verabschiedet, die als Grundlage für gemeinsame Listen bei Wahlen dienen sollte und eine *primaire centriste* im Vorfeld der Wahlen 2017 avisierte. Bei den Europawahlen 2014 gewannen die Zentristen so gemeinsam knapp zehn Prozent der Stimmen, alle sieben gewählten Abgeordneten gehörten zur ALDE. Weitere gemeinsame Projekte kamen nicht zustande, wenngleich von Anfang das Ziel angestrebt wurde, enttäuschte Hollande-Wähler_innen für sich zu gewinnen; eine Strategie, die letztlich auch Emmanuel Macron verfolgte.

²⁵ Die Parti Radical de Gauche verließ das MRG wenige Monate nach Gründung wieder, um nicht in ein Bündnis mit LREM einzutreten.

²⁶ Allerdings muss hier betont werden, dass die Partei Démocratie Libérale, die über Jahre den wirtschaftsliberalen Flügel innerhalb der UDF gebildet hatte, 2002 mit der Gründung der UMP in dieser aufgegangen war und nicht länger als unabhängige Partei existierte. Damit knüpft die UDI zwar inhaltlich an die wirtschaftsliberale Tradition des französischen Zentrums an, entstammt organisatorisch und ideologisch allerdings eher der christdemokratischen und radikalen Parteifamilie.

²⁷ Vgl. UDI: Le Projet de l'UDI pour la France, 2017–2022, URL: <https://de.calameo.com/read/0051349199b3272376b74> [eingesehen am 8.11.2020].

erhobene Steuern, um gemeinsame Ausgaben – beispielsweise zur Bewältigung des Klimawandels – zu meistern.²⁸ Offenbar eher aus wahltaktischen Gründen versuchte sich der Spitzenkandidat Jean-Christophe Lagarde, der mit einer unabhängigen Liste bei den Europawahlen antrat, von Emmanuel Macron abzugrenzen. Dabei stehen auch bei der UDI die Stärkung der europäischen Institutionen sowie ein Fokus auf soziale Fragen auf der europapolitischen Agenda.²⁹ Ergebnis des Unabhängigkeitskurses ist allerdings, dass in der aktuellen Legislaturperiode kein_e Abgeordnete_r der UDI Frankreich im Europaparlament repräsentiert.

Les Centristes – treue Bündnispartner der Républicains

Auch die Centristes (LC) sind (unter dem Namen Nouveau Centre [NC]) im Jahr 2007 entstanden und streiten seitdem mit dem MoDem um die Rolle als rechtmäßige Erben der UDF. Bayrous Impuls, mit der MoDem-Gründung ohne (konservative) Bündnispartner voranschreiten zu wollen, entsprach nicht den Vorstellungen aller damaligen Nouvelle-UDF-Mitglieder, insbesondere nicht derer, die Ämter und Mandate innehatten. Sie waren sich der Risiken für ihre Wiederwahlchancen bewusst, wenn sie in ihren Wahlkreisen und Kommunen gegen Kandidat_innen der bisherigen Bündnispartnerin, der scheinbar übermächtigen UMP, antreten sollten; daneben gab es heftige persönliche Konflikte zwischen Bayrou und anderen Spitzenvertreter_innen des Zentrums, die sich mit dem NC ihre „eigene“ Partei schufen. In der Folge war das NC eine Honoratiorenpartei ohne Basis, während das MoDem mit ca. 80.000 Gründungsmitgliedern zunächst für eine Zentrumspartei sehr viele Mitglieder hatte, jedoch über sehr wenige erfahrene Funktionsträger_innen verfügte.

In der Vergangenheit oszillierte das Nouveau Centre zwischen ALDE und EVP-Fraktion, was sich national in dem Wechselspiel zwischen UDI und UMP niederschlug. Nach einer Umbenennung 2016 in Les Centristes sprach die Partei im Rahmen der Vorwahlen des konservativen Lagers 2017 François Fillon seine Unterstützung aus und schied letztlich Ende 2017 aus der UDI aus. Während sich LC weiterhin als Teil des konservativen Lagers und Bündnispartner der Républicains verstand, fand bei der UDI hier eine inhaltliche Abkehr statt. Dies zeigte sich bei den Europawahlen 2019: Hier traten LC erneut mit den Républicains an. Ihre Abgeordnete schlossen sich der EVP-Fraktion an.

2018 wurde auf Betreiben des LC-Parteivorsitzenden Hervé Morin die Bewegung Territoires! gegründet, die in Auftreten und Organisation durchaus Nähe zu LREM aufweist: Alle Bürger_innen mit liberalen, humanistischen, europa- und dezentralisierungsfreundlichen Ideen sind hier aufgerufen, ohne Parteimitgliedschaft und nach schlichter Registrierung gemeinsam wichtige Zukunftsthemen zu diskutieren. Die Initiative wird auch vom Mouvement Radical unterstützt und ist damit ein erneuter Versuch, die ehemaligen UDF-Angehörigen unter einem gemeinsamen Dach zusammenzuführen.

Les Centristes stehen für ein ähnliches Programm wie das MoDem und damit für pro-europäische, christdemokratische sowie liberale Werte, wenngleich sie gerade bei gesellschaftspolitischen Fragen konservativer erscheint. Das Gründungsprogramm wies viele Überschneidungen mit dem Wahlprogramm Bayrous 2007 auf und strebte beispielsweise eine soziale Marktwirtschaft an, die auf eine funktionierende Wirtschaft und Innovationen, aber eben auch auf die Verteilung von Reichtümern setzt; ein ausgeglichener Staatshaushalt zählt ebenfalls zum typischen Zentrumsprogramm. Die Betonung liegt darauf, eine Partei der Freiheiten zu sein – und zwar politischer, wirtschaftlicher, sozialer, individueller und kollektiver Natur.³⁰ Ähnlich wie beim MoDem finden sich Bezüge zum Humanismus und der Bedeutung der Zivilgesellschaft. Typisch für das Zentrum ist das Ziel, ein „versöhntes Frankreich“ zu schaffen, um die aktuellen Herausforderungen zu überwinden und gleichzeitig die Chancen und Talente Einzelner zu fördern und anzuerkennen.

Ziel der Europapolitik ist eine Stärkung der EU über einen gemeinsamen Markt hinaus, wobei die Vision der „Vereinigten Staaten von Europa“ vorläufig nicht weiterverfolgt werden soll, wenngleich sie wünschenswert sei. LC setzt sich mit der Forderung nach einem sich sukzessive anpassenden, aber zunächst landesspezifischen Mindestlohns gegen Sozialdumping ein.³¹ Für die Partei ist Europa ein gemeinsamer Raum, den es sowohl in Wirtschafts- als auch in Migrationsfragen nach außen gemeinsam zu schützen und nach innen zu stabilisieren gilt. Dabei plädiert sie für ein „Europa der zwei Geschwindigkeiten“, beispielsweise um eine gemeinsame Energiepolitik und eine finanziell und strategisch unabhängige europäische Regierung zu schaffen.

LC zählt heute nach eigenen Angaben etwa 8.000 Mitglieder sowie circa 2.000 lokale Mandate. Die zwei LC-Abgeordneten in der AN gehörten 2017 zunächst der UDI-Gruppe an, um 2018 die Gruppe Libertés et Territoires mitzugründen. Im Senat gehören die neun LC-Mitglieder der Union Centriste an.

²⁸ Hausalter, Louis: Quel programme pour l'Europe ? Les réponses de Jean-Christophe Lagarde, tête de liste UDI, in: marianne.net, 9.5.2019, URL: <https://www.marianne.net/politique/quel-programme-pour-l-europe-les-reponses-de-jean-christophe-lagarde-tete-de-liste-udi> [eingesehen am 8.11.2020].

²⁹ Vgl. Belaubre, Nicolas: Européennes: Jean-Christophe Lagarde détaillé à Toulouse le programme de la liste UDI, in: lejournaltoulousain.fr, 6.5.2019, URL: <https://www.lejournaltoulousain.fr/politique/europeennes-jean-christophe-lagarde-detaille-a-toulouse-le-programme-de-la-liste-udi-64856/> [eingesehen am 8.11.2020].

³⁰ Vgl. Les Centristes: Le Mouvement, in: Les-centristes.fr, ohne Datum, URL: <http://www.les-centristes.fr/le-mouvement> [eingesehen am 8.11.2020].

³¹ Vgl. Les Centristes: La motion: Pour une europe des territoires, in: Les-centristes.fr, ohne Datum, URL: <http://www.les-centristes.fr/la-motion-pour-une-europe-des-territoires> [eingesehen am 8.11.2020].

Mouvement Radical – zerrissen zwischen links und rechts

Die traditionelle Parti Radical ist derzeit nicht aktiv. Aufgespalten in ein Mouvement Radical – social – libéral und eine Parti Radical de Gauche ist auch sie ein Beispiel dafür, wie stark die Bipolarisierung in der V. Republik sich auf französische Parteien auswirkt und eine Lagerzuordnung geradezu erzwingt. So hat sich auch die älteste französische Partei 1972 aufgrund der Bündnisfrage mit Sozialisten oder Gaullisten gespalten, um erst 2017 als Mouvement Radical – social – libéral wieder zusammenzufinden. Lange hielt diese Einheit jedoch nicht an – bereits wenige Monate nach Gründung verließ die Parti Radical de Gauche das Mouvement wieder, um nicht in ein Bündnis mit LREM einzutreten; viele ehemalige Mitglieder, ja ganze lokale Föderationen verblieben allerdings im MR. Heute stellt die Partei eine Ministerin und einen Staatssekretär und ist nicht mit einer eigenen Gruppe in der AN vertreten; die Abgeordneten des MR finden sich in den Gruppen Libertés et Territoires, Agir ensemble und LREM wieder. Die elf Senator_innen des MR sind auf die Union Centriste, das Rassemblement Démocratique et social européen sowie République et Territoires verteilt; der einzige Europaabgeordnete sitzt in der liberal-zentristischen Fraktion Renew Europe.

Die Parti Radical Valoisien, die nun als MR fortexistiert, war jahrelang Bestandteil der UDF gewesen, hatte allerdings über die Zeit immer stärker an politischer Bedeutung verloren. Erst als Gründungsmitglied der UMP 2002 und mit dem Eintritt in die konservative Mehrheit gab es einen – wenn auch kurzen – Hoffnungsschimmer.³² Der damalige Parteivorsitzende Jean-Louis Borloo hatte von 2007 bis 2010 als charismatischer Minister zunächst neuen Elan verströmt. Nach dem daran anschließenden Austritt der Partei aus dem Bündnis mit der UMP, dem Ende der Regierung Sarkozy und dem Übergang in die Opposition verhinderte Borloo mit der UDI-Gründung, dass die PR als Einzelkämpferin völlig in der Bedeutungslosigkeit verschwand. Borloo hatte ab 2012 – neben Bayrou – als potenzieller zentristischer Präsidentschaftskandidat gegolten, musste sich allerdings aus gesundheitlichen Gründen aus der aktiven Politik zurückziehen. Mit ihm schwand zunächst auch die Hoffnung auf einen „radikalen“ Aufschwung. Auf der linken Seite wiederum war die PRG Bündnispartnerin der Regierung Hollande ab 2012 und stellte Minister_innen, nachdem die Partei mit einem eigenen Kandidaten bereits an den Vorwahlen des linken Lagers teilgenommen hatte.

Die Radikalen verstehen sich – links wie rechts – als die republikanischste aller Parteien und damit als Vertreter_innen ihrer Schlüsselwerte *liberté – égalité – fraternité*: Zuerst werden hier die individuellen Grundfreiheiten genannt, zu denen auch die wirtschaftlichen Freiheiten der Individuen gezählt werden. Gerade große Unternehmen werden allerdings auch

in die Pflicht genommen. Das Gleichheitsgebot impliziert für das MR den Anspruch auf Chancengleichheit sowie den aktiven Abbau von Diskriminierungen. Über das Prinzip der Brüderlichkeit ebenso wie über den Humanismus hingegen wird die Sozialpolitik begründet, deren Ziel soziale Gerechtigkeit ist. Hieraus wird auch eine solidarische, auf sozialen Ausgleich abzielende Wirtschaftsprogrammabgeleitet, die dennoch einen freien Markt unterstützt. Zudem verstehen sich die Radikalen als Garant_innen des Laizismus. Auf europäischer Ebene setzen sie auf ein föderales System und einen Ausgleich zwischen wirtschaftlichen und sozialen Interessen. Insbesondere die Berufung auf humanistische Werte und deren Deutung verortet die Radikalen als typische Zentrumsparthei: Sie stehen für öffentliches Handeln, das nicht ideologiegeleitet ist sowie gegen Populismus, Sektierertum und ideologische Grabenkämpfe. Das MR fordert eine bessere Gewaltenteilung sowie stärkere Dezentralisierung und mehr Bürgerbeteiligung.³³

Alliance Centriste – in letzter Sekunde auf Macron gesetzt

Auch die 2009 gegründete Alliance Centriste ist ein Ergebnis der Umstrukturierung des Zentrums im Zuge der Präsidentschaftswahlen 2007. Ebenso wie die anderen Akteure entstammen die meisten seiner (Gründungs-)Mitglieder und Führungskräfte der ehemaligen UDF und hatten François Bayrou auf seinem Weg zur Unabhängigkeit des Zentrums begleitet.

Obwohl der Alliance von Beginn an einige Honorarior_innen, insbesondere Senator_innen, angehörten, hat sie als Bündnispartnerin der UMP bis 2012 nie parteipolitische Bedeutung erlangen können. So unterstützte sie 2012 die Präsidentschaftskandidatur François Bayrous, um dann wenig später Gründungsmitglied der UDI zu werden. Während zunächst zur Diskussion stand, dass mit Jean Arthuis ein eigener Alliance-Centriste-Kandidat bei den *primaires de droite* für die Präsidentschaftswahlen 2017 antreten sollte, wurde diese Option schnell obsolet. Arthuis selbst entschied sich sehr früh, Emmanuel Macron zu unterstützen³⁴ – zunächst entgegen der offiziellen Parteilinie: Anfangs stand die Alliance hinter François Fillon, um sich dann im Frühling 2017, anders als die UDI, doch Macron zuzuwenden, was mit dem Ausscheiden aus der UDI einherging. Allerdings folgten nicht alle Mitglieder und Mandatsträger_innen der Alliance dieser Linie, sodass viele als Direktmitglieder in der UDI verblieben. Die Alliance allerdings profitierte von ihrer Unterstützung Macrons durch ein Wahlbündnis bei den Wahlen zur Nationalversammlung und gilt seither als treue Bündnispartnerin in der Mehrheit; ihre Abgeordneten gehören der LREM-Fraktion und damit der Regierungsmehrheit an; der einzige Senator, der Parteivorsitzende Philippe Folliot, ist Mitglied der Union Centriste. Die Nähe zu LREM zeigt sich auch in der Selbstdarstellung

³² Im Gegensatz zu Démocratie libérale ging die Parti Radical aber nicht in der UMP auf, sondern existierte als Komponente der Union organisatorisch selbstständig weiter.

³³ Vgl. Mouvement Radical: Déclaration politique, in: lemouvementradical.fr, 9.12.2017, URL: http://lemouvementradical.fr/wp-content/uploads/2018/04/MRSL_DeclarationPolitique.pdf; PRG: Le programme, in: partiradicaldegauche.fr, ohne Datum, URL: <https://www.partiradicaldegauche.fr/le-programme/> [beide eingesehen am 8.11.2020].

³⁴ Er hat mittlerweile die Alliance verlassen und ist Mitglied von LREM.

der Partei, die sich entgegen ihres betulichen Images einer Honoratiorenpartei als Start-up und Bürgerbewegung zu inszenieren versucht. Bei den Europawahlen 2019 trat ein Alliance-Kandidat auf der Renaissance-Liste der LREM an.

Programmatisch lassen sich auch bei der Alliance viele Schnittmengen mit den anderen Zentrumsparteien, insbesondere mit den ehemaligen UDI-Mitgliedern, finden. Als *centre droite* betont die Partei derzeit vor allem ihre inhaltliche Nähe zur LREM und beruft sich dabei auf die typischen Zentrums-Maximen europafreundliche Grundhaltung, „Humanismus“, „Offenheit und Dialogbereitschaft“. Unter den Schlagworten „*libérer*“ (befreien) und „*protéger*“ (schützen) werden eine Befreiung und mehr Begeisterung, Erfindergeist und Unternehmertum sowie gleichzeitig der Schutz der Einzelnen sowie eine Stärkung des wirtschaftlichen und sozialen Dialogs gefordert.³⁵

Agir – zwischen Zentrum und Républicains

Agir, *la droite constructive*, ist die jüngste Partei, die dem französischen Zentrum zugeordnet werden kann, wobei sich diese Verortung zum einen aus der Zusammensetzung ihrer Vertreter_innen und zum anderen aus ihrer konstruktiven Bündnisstrategie mit LREM ergibt.³⁶ In ihrer öffentlichen Gründungsbekundung wurde deutlich, dass sie sich in der Tradition und Nähe der ehemaligen UMP, also im *centre droite* oder *centre progressiste*, sieht³⁷; in der öffentlichen Wahrnehmung handelt es sich v. a. um Républicains, die ins Lager des amtierenden Präsidenten gewechselt sind und die programmatische Linie einer moderaten Rechten à la Alain Juppé oder des ehemaligen Premierministers Edouard Philippe vertreten, ohne allerdings den Schritt einer Mitgliedschaft bei LREM gehen zu wollen. Die Schaffung der neuen Partei in Verbindung mit einer unabhängigen Fraktion in der AN wird insbesondere mit dem Rechtsruck der Républicains unter dem Vorsitz Laurent Wauquiez' begründet. Eine unabhängige Agir-Gruppe im Parlament als Teil der *majorité présidentielle* ist Resultat der Spaltung der Fraktion UDI, Agir et Indépendants im Mai 2020 in ein regierungstreues und ein Oppositionslager. Der Parlamentsfraktion gehören so auch ehemalige Mitglieder der LR-Fraktion, UDI-Angehörige, einige ehemalige LREM-Abgeordnete sowie weitere versprengte gemäßigte Politiker_innen beider Lager bzw. des Zentrums an.³⁸ Die sechs Senator_innen, die sich Agir zuordnen, sitzen in den Fraktionen der Indépendants und der LREM. Mit Franck Riester stellt die Partei immerhin einen Minister in der Regierung Castex.

In ihrer Selbstbeschreibung beschreibt sich Agir als pro-europäisch, liberal und humanistisch und ordnet sich selbst dem (rechten) Zentrum zu. Dabei bekennt sich die Partei zu einem liberalen Wirtschaftsverständnis mit sozialem Touch. Insbesondere zur Abfederung sozialer Härten und Ungleichheiten wird staatliche Marktregulierung gefordert – allerdings einhergehend mit einem hohen Maß an Eigenverantwortung. Angestrebt werden eine Steuerreform und eine Reform des Sozialstaats, ohne jedoch Details zu präzisieren. Agir wünscht sich nicht weniger als eine Neugründung Europas, die sie als wichtigen Baustein der nationalen Sicherheitsarchitektur ansieht. Ein „Europa verschiedener Geschwindigkeiten“ soll allen Ländern ermöglichen, so viel Souveränität abzugeben, wie sie es gerade wünschen.³⁹ Im Vorfeld der Europawahlen wurden insbesondere die europapolitischen Übereinstimmungen in den Vorstellungen von Agir und LREM betont, die Parteien traten gemeinsam auf der Liste Renaissance an, die so gewählte Abgeordnete gehört Renew Europe an.

Zwischenfazit

Bei der Kurzbetrachtung der aufgeführten Zentrumsparteien wird deutlich, dass diese über einen gemeinsamen Wertekanon verfügen, der sich mit den Schlagworten Humanismus, Europa, Liberalismus in unterschiedlichen Ausprägungen und Dezentralisierung zusammenfassen lässt. Nuancen werden sichtbar – bei der Gewichtung und Ausgestaltung sozial(demokratisch)er und wirtschaftsliberaler Vorstellungen, auch bei gesellschaftspolitischen Fragestellungen. Diese Unterschiede liegen auch in der Historie begründet, also ob die Parteien sich eher den Radikalen oder der Christdemokratie zuordnen lassen. Dabei haben sich die Wege der genannten Parteien bzw. ihrer Vorgängerorganisationen in der V. Republik häufig gekreuzt und waren über die UDF fast dreißig Jahre organisatorisch miteinander verwoben, wie **Abbildung 5** verdeutlicht. Umso deutlicher treten die aktuellen Unterschiede in der Organisationsform (elitäre Honoratiorenpartei, Mitgliederpartei oder Versuch der Bewegung/des Start-ups) sowie der faktischen politischen Bedeutung hervor. Letztere wiederum ergibt sich in den letzten Jahren allerdings weniger aus der Wahlperformance der Parteien selbst als vielmehr aus ihrer Bündnispolitik sowie der Existenz charismatischer Parteileader. Ihr politisches Gewicht steht und fällt derzeit mit ihrem Verhältnis zu LREM – ebenso wie bereits in der Vergangenheit meist die Bündnis- die Gretchenfrage bzw. der Schlüssel zur politischen Bedeutung war. Die Nähe zu den Républicains wurde vorläufig von fast allen Zentrumsakteuren, außer von Les Centristes, aufgrund der Schwäche von LR aber auch wegen des Rechtsrucks des ehemaligen Bündnispartners sowie in der Hoffnung auf ein geeintes französisches Zentrum aufgekündigt.

³⁵ Vgl. Alliance Centriste: Nos valeurs, in: [alliancecentriste.fr](http://www.alliancecentriste.fr/nos-valeurs/), ohne Datum, URL: <http://www.alliancecentriste.fr/nos-valeurs/> [eingesehen am 8.11.2020].

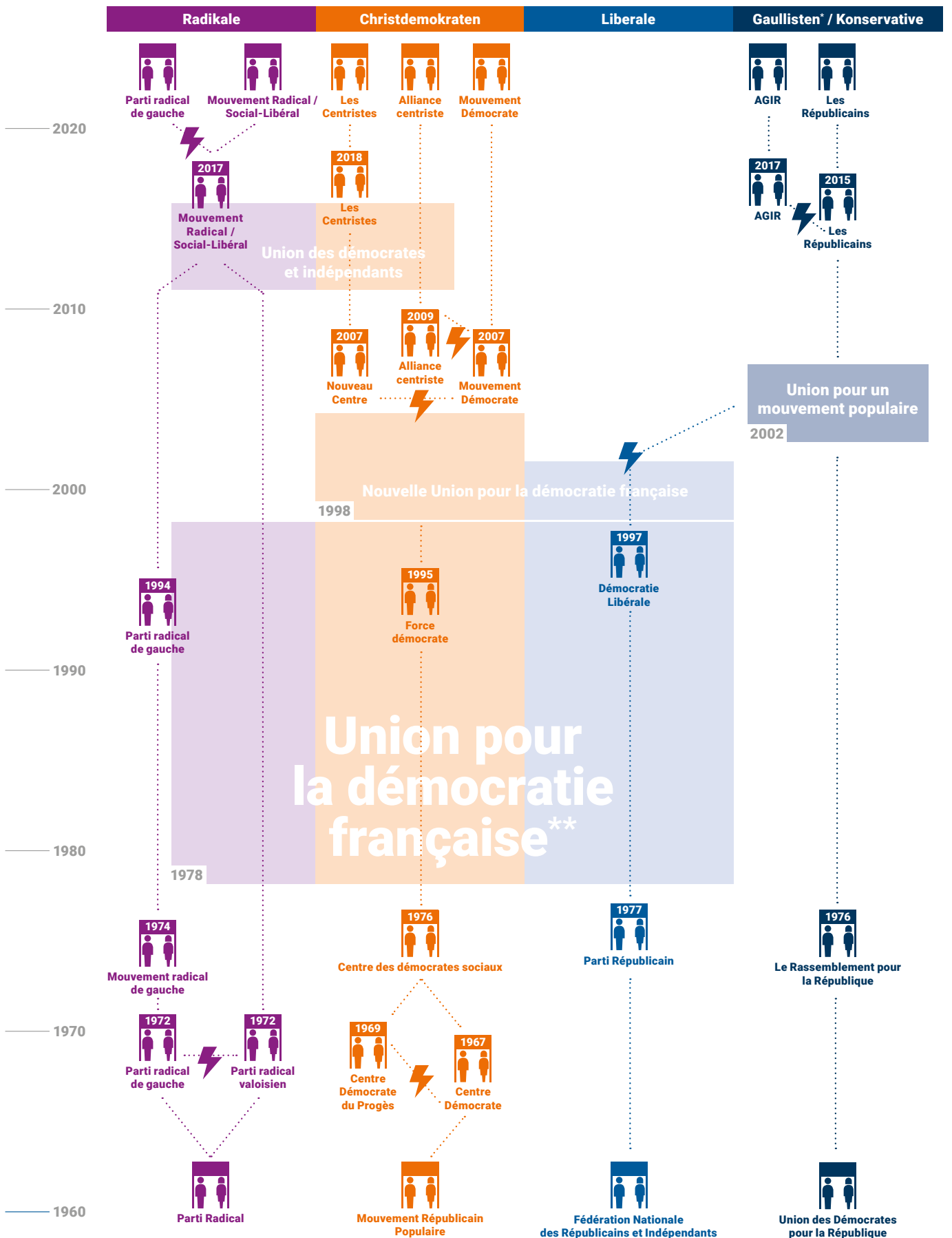
³⁶ Im Winter 2020 hat sich mit Territoires de progrès – Mouvement social-démocrate et européen links des Zentrums und aus der Substanz der PS heraus eine ähnliche Kleinpartei gebildet. Sie bildet die politische Heimat insbesondere der zahlreichen ehemaligen Sozialist_innen, die der Regierung unter Macron beigetreten sind oder LREM im Parlament unterstützen wollen, ohne (nur) LREM beizutreten.

³⁷ Vgl. Mourgue, Marion: „Agir, la droite constructive“, une nouvelle force politique à droite, in: [lefigaro.fr](https://www.lefigaro.fr/politique/2017/11/26/01002-20171126ART-FIG0022-agir-la-droite-constructive-une-nouvelle-force-politique-a-droite.php), 26.11.2017, URL: <https://www.lefigaro.fr/politique/2017/11/26/01002-20171126ART-FIG0022-agir-la-droite-constructive-une-nouvelle-force-politique-a-droite.php> [eingesehen am 8.11.2020].

³⁸ Die Gründung der Gruppe Agir ensemble mit ehemaligen Mitgliedern der LREM-Fraktion führte dazu, das LREM die absolute Mehrheit in der AN verlor und damit stärker auf die unterschiedlichen Bündnispartner angewiesen ist.

³⁹ Vgl. Agir: Agir autour d'un projet de société, in: [agir-ladroiteconstructive.fr](https://agir-ladroiteconstructive.fr/nos-idees/), ohne Datum, URL: <https://agir-ladroiteconstructive.fr/nos-idees/> [eingesehen am 8.11.2020].

Abb. 6 | Abspaltungen und Neugründungen der Zentrumsparteien im Zeitverlauf



* Hier wurde im Sinne der Darstellbarkeit stark vereinfacht und nur das gezeigt, was für das politische Zentrum in Frankreich relevant ist.
 ** Weitere Mitglieder der UDF waren Direktmitglieder und diverse Kleinstparteien.

Quelle: eigene Darstellung

Und Macron?

LREM – das Start-up des Präsidenten

Emmanuel Macron hat sein Amt nicht nur mit einer vormals wenig erfolgversprechenden Zentrumsstrategie erreicht, sondern auch auf Grundlage einer bis dahin in Frankreich nie dagewesenen organisatorischen Basis. Die Gründung der Bewegung En Marche! im Frühjahr 2016 hat eine Dynamik erzeugt, die den Präsidenten ins Amt getragen und ihm eine parlamentarische Mehrheit verschafft hat.

Die etwa 400.000 *Marcheurs*, wie sich die Mitglieder von LREM selbst nennen, stehen offiziell im Mittelpunkt der Bewegung. Die Mitgliedschaft ist kostenlos und mit einem Online-Klick möglich. Damit dürfte LREM in Frankreich über die breiteste Basis an Parteimitgliedern verfügen, wobei Parallelen zu den anderen Parteien, insbesondere auch des Zentrums, schwierig sind. Denn typischerweise spielen Mitglieder gerade bei den traditionellen Zentrumsparteien eine untergeordnete Rolle; erst mit der Gründung des MoDem und dem Verlust vieler etablierter Honorator_innen an die anderen Zentrumsparteien änderte sich dies.

Das Erstaunliche an En Marche! ist, dass sich die Bewegung sowohl von klassischen Parteien als auch von zivilgesellschaftlichen Organisationen unterscheidet, jedoch typische Kennzeichen von Bewegungsparteien hat.⁴⁰ Sie ähnelt insgesamt eher einem Start-up, was sich auch in ihrer Organisationsstruktur niederschlägt. Parität bei der Besetzung von Parteiämtern wird auf allen Ebenen großgeschrieben.

Erst durch eine Veränderung der Statuten im Herbst 2019 wurde die parteiinterne Ordnung, die die einzelnen Mitglieder auf das Wirken im lokalen Kontext beschränkte, hin zu mehr innerparteilicher Demokratie geöffnet. Die Kritik der *marcheurs en colère* und der Gruppe *La démocratie en marche* hatte zuvor darauf fokussiert, dass es für normale Mitglieder so gut wie keine Möglichkeiten gegeben habe, ihre Ideen und Vorschläge auf die nächsthöhere Ebene zu transferieren. Darüber hinaus war die interne Postenvergabe v. a. über Kooptationen und Delegation erfolgt. Häufig hatten die Betroffenen kein Mitspracherecht bei der Auswahl von Führungskräften auf den unterschiedlichen Ebenen.⁴¹ Und auch heute, nach einer Reform der Statuten, unterscheidet sich die Organisationsstruktur von En Marche! noch stark von typischen Mitgliederparteien mit ihren pyramidalen Bottom-up-Strukturen, zahlreichen intermediären Gremien und der Chance, über politische Arbeit im Rahmen einer „Ochsentour“ aufzusteigen. Bei LREM erscheint die parteiinterne Bürokratie eher schwach ausgeprägt, viele Mitglieder unterschiedlicher Gremien sind qua Mandat dort vertreten. Die Steuerung erfolgt aus der Parteizentrale in Paris, es liegt eine hohe Machtkonzentration bei Macron.

Inhaltlich kommt LREM dem Modell der *catch-all party* sehr nahe, gibt es doch keine ideologische Grundierung der Arbeit. Der gemeinsame Nenner ist ihr Schöpfer Emmanuel Macron und die Ambition, ihn und seine Politik zu unterstützen und lokal zu verankern. Die Mitglieder von LREM dienen dabei als Talentreservoir, als Wahlkämpfer_innen und – bei Bedarf – Ideenschmiede. Und obwohl die Arbeit „on the ground“ in den kleinen lokalen Komitees rhetorisch in den Mittelpunkt gestellt wird, handelt es sich doch um ein hochzentralisiertes und hochprofessionelles Projekt, mit dem Ziel der Absicherung der Präsidentschaft und Wiederwahl des Präsidenten.⁴² Das Programm der Partei ist das Programm des Präsidenten.

So ist es der Partei nicht nur gelungen, einen unerwarteten Wahlsieg für Macron einzufahren, sondern auch, mit der größten Fraktion in die Nationalversammlung einzuziehen. Dieser gehören zahlreiche Politikneulinge an, die im Vorfeld von einer innerparteilichen Kommission für die Kandidatur ausgewählt wurden. Auch einige ehemalige Angehörige anderer Parteien sind unter dem LREM-Label in die Nationalversammlung eingezogen, nachdem sie im Vorfeld der Wahlen Macron ihre Unterstützung ausgesprochen hatten. Die Regierungen unter Macron setzten sich bislang allerdings aus Politikprofis aus unterschiedlichen Parteien und einigen wenigen Quereinsteiger_innen zusammen – bei Weitem nicht alle Minister_innen gehören LREM an oder wurden gar aus der Bewegung heraus rekrutiert.

Die Ideenwelt des Präsidenten

„Comme De Gaulle, je choisis le meilleur de la gauche, le meilleur de la droite, et même le meilleur du centre!“ („Wie de Gaulle wähle ich das Beste von links, das Beste von rechts und das Beste aus dem Zentrum!“). Mit dieser Wahlkampfaussage machte Emmanuel Macron wenige Tage vor dem ersten Wahlgang der Präsidentschaftswahlen seine Linie deutlich. Er stellte sich damit trotz seiner relativen Jugend und seiner Haltung, alles neu gestalten zu wollen, in die Nachfolge des französischen Präsidenten Charles de Gaulle, der die Tradition Frankreichs und der V. Republik vielleicht am stärksten verkörpert. Und zumindest hinsichtlich der Zusammensetzung der Regierungen ist es Macron gelungen, dieses Versprechen einzulösen. Doch wie ist seine Politik inhaltlich einzuordnen? Denn immerhin beruft sich Macron eben nicht explizit auf die Tradition einer Parteifamilie, sondern bedient sich vielmehr eines breiten Eklektizismus mit einem großen Ziel: einer progressiven Wende der französischen Politik zu mehr Optimismus und einem gesellschaftlichen Wandel hin zu einem modernen, starken Frankreich. Stilistisch lässt sich Macrons Art, Politik zu machen, in der Tat mit dem von ihm selbst geprägten Begriff „*en même temps*“, also der Gleichzeitigkeit unterschiedlicher Maßnahmen, aber auch Ideen und Werte, am treffendsten charakterisieren.

⁴⁰ Vgl. Priester, Karin: Bewegungsparteien auf der Suche nach mehr Demokratie: La France insoumise, En marche, die Fünf-Sterne-Bewegung, in: *Forschungsjournal Soziale Bewegungen*, 31. Jg. (2018), H. 1–2, S. 60–67.

⁴¹ Vgl. Choffat, Thierry: Le „macronisme“ et la fin des partis traditionnels?, in: *Civitas Europa*, H. 2/2017, S. 161–179.

⁴² Sabado, Elsa: „LREM: un système néogaulliste, quasi militaire“, in: *Médiapart*, 29.7.2019, URL: <https://www.mediapart.fr/journal/france/290717/lrem-un-systeme-neogaulliste-quasi-militaire?onglet=full> [eingesehen am 8.11.2020].

Zumindest in zwei Themenfeldern ist die Einordnung von Macrons politischer Linie relativ unumstritten: bei der europäischen Integration und seinem Verhältnis zur extremen Rechten. Bereits im Vorfeld seiner Wahl machte er durch seine internationale, pro-europäische, auf das deutsch-französische Tandem setzende Politik von sich reden. Sein Appell einer Neugründung Europas, der u. a. aufgrund der Querelen der deutschen Regierungsbildung mehr oder weniger reaktionslos verhallte, war ein starkes Zeichen für seine Ambitionen, das Projekt EU zukunftssicher und gegen die Gegner_innen des europäischen Gedankens aufzustellen. So forderte er auch zuletzt wieder ein politische(re)s Europa, das sich seiner internationalen Rolle und Stärke bewusst sein und sich unabhängiger von der internationalen Konkurrenz machen müsse – auch und gerade, um das besondere Profil Europas und die Rechte seiner Bürger_innen sicherstellen zu können.⁴³ Diese, von manchen als radikal oder visionär bezeichnete, pro-europäische Haltung ermöglichte Macron, Bündnisse mit den Zentrumsparteien einzugehen. Zudem öffnete er eine Tür für pro-europäische Wähler_innen und Politiker_innen anderer Parteien, die sich mit der Europaskepsis, die sich ansonsten quer durch alle etablierten Parteien zieht, nicht mehr arrangieren wollten. Mit dieser klaren Haltung positionierte sich Macron auch am progressiven Ende einer quer zur Links-(mehr Staat)-rechts-(mehr Markt)-Skala verlaufenden Achse, die gesellschaftlichen Liberalismus/Universalismus und Autoritarismus/Nationalismus gegenüberstellt. Seine Wählerschaft ebenso wie seine Bündnispartner_innen entsprechen dabei der Gruppe, die bereits seit Beginn der 1990er Jahre (von Referenden über den Maastricht-Vertrag bis hin zur Verfassung für Europa) stets wohlwollend gegenüber Europa abgestimmt hatte, aber bislang keine gemeinsame politische Heimat gefunden hat. Diese Haltung in Verbindung mit seinen explizit vertretenen gesellschaftlich liberalen Werten (z. B. ist er ein Verfechter der Homo-Ehe) machte ihn im Wahlkampf zum offensichtlichen Antipoden des rechtsradikalen Front National. Seine explizite Berufung auf die Menschenrechte und seine Ablehnung von Ausgrenzung sind hierfür Belege, wenngleich seine Politik gegenüber illegal Eingewanderten in Frankreich hier zumindest einen „Realitätsknick“ erfuhr, indem eine harte Linie in der Asyl-Politik angekündigt und zum Teil auch schon umgesetzt wurde. Die explizite Ablehnung extremer und menschenverachtender Gedanken jedenfalls macht Macron für viele attraktiv, für die dies die wahlentscheidenden Themen waren. Macron steht in diesem Sinne auch Politiker_innen wie Viktor Orbán und seiner „illiberalen Demokratie“ als gesellschaftspolitisch liberaler *Counterpart* gegenüber.

In seinem Wahlkampfbuch „Révolution“ schilderte Macron seine Vorstellungen eines Sozial- und Wirtschaftsmodells: Diese erscheinen wirtschaftsliberal, was sich beispielsweise aus den Forderungen nach Steuerentlastungen für Unternehmen, Raum für unternehmerische Freiheit und geringeren So-

zialabgaben ableiten lässt. Sie lassen sich unter den Begriffen „Liberalisierung, Flexibilisierung und Verbesserung der unternehmerischen Rahmenbedingungen“⁴⁴ zusammenfassen. Immer wieder wird aber auch eine soziale Note sichtbar: die Ziele, soziale Ungleichheit zu reduzieren und die Schwächsten in der Gesellschaft zu stärken. Gleichzeitig macht Macron keinen Hehl aus seiner Kritik an der aktuellen – aus seiner Sicht degenerierten – Form der sozialen Marktwirtschaft, die seiner Ansicht nach weder in der Lage sei, aktuelle Herausforderungen wie den Klimawandel in den Griff zu bekommen, noch, die sozialen Verwerfungen infolge der Globalisierung einzuhegen.⁴⁵ Damit schien sich Macron, der ja immerhin Minister einer sozialistischen Regierung und wenige Jahre auch PS-Mitglied gewesen war, in der Tradition des „Rocardismus“, also einer französischen Spielart einer liberal angehauchten Sozialdemokratie, wiederzufinden.⁴⁶ Er schien damit für Frankreich zunächst das nachzuholen, was in England unter Tony Blair und in Deutschland unter Gerhard Schröder als neue Dritte Wege versucht worden war. Soziale Werte und liberale Wirtschaftsvorstellungen schienen von Macron miteinander in Einklang gebracht zu werden.

Diese Überzeugungen haben sich aber nach der Wahl in der öffentlichen Wahrnehmung zunächst kaum in Worten und Taten niedergeschlagen; vielmehr wurde im Sinne einer florierenden Wirtschaft und mit dem Ziel, Arbeitsplätze zu sichern und zu schaffen, ein wirtschaftsliberales, arbeitgeberfreundliches Reformprogramm lanciert. Während die einen seinen voluntaristischen Ansatz der Bearbeitung unterschiedlicher Reformbaustellen loben und die damit verbundene Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit hervorheben, werfen andere Macron angesichts seiner Schwerpunktsetzungen im Bereich der Wirtschaftspolitik zu Beginn der Amtszeit vor, Politik für die Reichen zu machen, also ein „*Président des riches*“ zu sein. Die Reform der Reichensteuer ist nur das prägnanteste Beispiel dafür; in eine ähnliche Richtung weisen eine *Flat Tax* auf Kapiteleinnahmen oder die Reduzierung der Wohngeldunterstützung und des sozialen Wohnungsbaus sowie die Reform des *Code du travail* zulasten der Arbeitnehmerrechte. Auch seine provokante Rhetorik, wonach beispielsweise Jobs für Arbeitslose überall zu finden seien, weist in eine Richtung, in der den Einzelnen die Verantwortung für ihre Erfolge, aber auch für ihr Scheitern zugewiesen wird. Er öffnet so eine soziale Konfliktlinie zwischen denen, die Erfolg haben, und denen (die scheinbar aus eigener Schuld) in prekären Situationen leben.⁴⁷ Die angekündigte Ausgeglichenheit zwischen wirtschafts- und arbeitnehmerfreundlichen Maßnahmen lässt damit für viele auf sich warten, die sich eine Verbesserung ihrer Lage über sozialstaatliche und nicht über marktpolitische Maßnahmen erhofft hatten. So verwundert es dann auch kaum, dass sich im Jahr 2018 in Folge einer Erhöhung der Öko-Steuer und damit der Benzinpreise mit den *Gilets Jaunes* („Gelbwesten“) eine soziale Bewegung Bahn brach,

⁴³ Vgl. o. A.: Die Macron-Doktrin: Ein Gespräch mit dem französischen Staatspräsidenten, in: internationalepolitik.de, 16.11.2020.

URL: <https://internationalepolitik.de/de/die-macron-doktrin-ein-gespraech-mit-dem-franzoesischen-staatspraesidenten> [eingesehen am 17.11.2020].

⁴⁴ Uterwedde, Henrik: Wirtschafts- und Sozialreformen. Inhalte, Erfolge und Grenzen der Macron-Methode, Deutsch-Französisches Institut: Frankreich Jahrbuch 2018, Wiesbaden 2019, S. 93–110, hier S. 96.

⁴⁵ Vgl. o. A.: Die Macron-Doktrin, a.a.O.

⁴⁶ Der Begriff „Rocardismus“ geht auf den Politiker und ehemaligen Premierminister Michel Rocard zurück, der als Mitglied der Parti Socialiste für einen sozialdemokratischen, reformerischen und anti-kommunistischen Kurs stand.

⁴⁷ Vgl. Pinçon, Michel/Pinçon-Charlot Monique: Le président des ultra-riches, Paris 2019.

die aus Sicht der „Abgehängten“ insbesondere außerhalb der Metropolen schon viel zu lange politisch ungehört geblieben war. Auch die Reformen der staatlichen Eisenbahngesellschaft SNCF sowie des Rentensystems führten zu massiven Protesten und Streiks.

Aus französischer Sicht bedeutet eine wirtschaftsliberale Grundhaltung, die auf Markt und Unternehmen setzt, zunächst die Zuordnung zum rechten Lager – insbesondere in Abgrenzung zur sozialistischen Linken. Diese Tendenz hat Macron auch durch die Wahl seiner Premierminister unterstützt. Während mit Édouard Philippe ein gemäßigter Rechter die ersten beiden Regierungen anführte, steht der aktuelle Premierminister Jean Castex dem ehemaligen Präsidenten Nicolas Sarkozy nahe und repräsentiert ein traditionell-ländliches Frankreich. Sein Profil als Gaullist mit sozialer Ader passt gut zum bevorstehenden Spagat zwischen der Abfederung der Corona-Folgen und einer liberalen Wirtschaftspolitik. Viele Beobachter_innen sind sich einig, dass Macron, um seine Wiederwahl 2022 abzusichern, einen liberal-konservativen Weg eingeschlagen hat. Der Versuch, nun anstelle bei den Moderaten aller Lager gezielt bei den Konservativen um Stimmen zu werben, könnte in Einklang stehen mit einer langfristigen gesellschaftlichen Grundstimmung, die sich darin äußert, dass sich auf der Links-rechts-Skala zunehmend mehr Menschen selbst im rechten als im linken Lager verorten.⁴⁸ Diese atmosphärische Diagnose steht allerdings im Widerspruch zur Wahl 2017, als Macron insbesondere durch die Stimmen traditioneller Mitte-links-Wähler_innen ins Amt getragen wurde. Neben diesem Strategiewechsel, was die Kernzielgruppe angeht, räumte Macron mit der Auswahl seines zweiten Premierministers mit der Hoffnung auf, dem ökologischen Zeitgeist, der sich in guten Wahlergebnissen für die Grünen geäußert hat, auch regierungspolitisch zu folgen. Und: Trotz allem blieb er bis zuletzt seinem gesellschaftspolitischen Kurs treu, in dem er weiterhin liberalisierende Reformen verfolgt, beispielsweise beim Thema „künstliche Befruchtung“.

Entgegen aller Vorwürfe hat Macron in seiner Amtszeit auch sozialpolitische Akzente gesetzt, die allerdings kaum öffentliche Aufmerksamkeit fanden. Sein Ansatz entsprach dabei – zumindest bis zu den *Gilets Jaunes*-Protesten – weniger der Verteilung großzügiger Sozialleistungen als vielmehr der Leitidee individueller Förderung und Schaffung von Chancengleichheit.⁴⁹ Macrons sozialpolitische Vorstellungen passen damit zu seinem liberalen Grundverständnis, das die Eigeninitiative des Individuums in den Mittelpunkt stellt. Infolge der *Gilets Jaunes* hat Macron zudem einige seiner Reformen sozialer gestalten lassen und versucht sich zudem bürgerlicher zu geben. Direkte Reaktion war ein kostspieliges Maßnahmenbündel zur Stärkung der Kaufkraft der unteren Mittelschichten. Auch stieß Macron eine *Grand Débat National* (große Nationale Debatte) an, um dem Gefühl der Bürger_innen, mit ihren Anliegen ungehört zu bleiben, entgegen-

zuwirken. Forderungen, die von einer *Convention Citoyenne pour le Climat* (Bürgerrat für das Klima) entwickelt wurden, haben zuletzt Eingang in die Gesetzgebung im Kontext von Nachhaltigkeit gefunden⁵⁰; partizipative Elemente dieser Art sollen, so eine Ankündigung der Regierung, auch langfristig gestärkt werden.

Eine weitere Volte mussten Macron und seine Regierung in Zuge der Corona-Krise vollziehen: Das Ziel, die Staatsverschuldung in den Griff zu bekommen, war bereits nach den *Gilets Jaunes*-Protesten in den Hintergrund gerückt und wurde nun endgültig der Krisenbewältigung geopfert. Zahlreiche staatliche Hilfsmaßnahmen sollen die wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen der Krise abmildern. Die sichtbaren positiven Veränderungen der Wirtschaftsdaten bis zum Ausbruch der Corona-Pandemie waren schnell wieder verpufft, angesichts rasant steigender Arbeitslosenzahlen und einbrechender Wirtschaftsleistungen. Während Macron ganz im Sinne seiner wirtschaftsliberalen Grundüberzeugungen mit dem Ideal eines schlanken Staats angetreten war, hat sich dies seit der Corona-Krise geändert. Dies zeigt sich u. a. auch an der Schaffung eines Haut-Commissariats du Plan, das damit beauftragt ist, bei der Planung öffentlicher Entscheidungen, langfristige gesellschaftliche Entwicklungen zu berücksichtigen. Ähnlich wie in Deutschland versucht die Regierung unter der Devise „Koste es, was es wolle“ nun auch in Frankreich, die Corona-Folgen aufzufangen. Sie steht dabei vor einer Mammutaufgabe: Es geht um nicht weniger als darum, die soziale Ungleichheit zu reduzieren, einen Umgang mit dem Misstrauen gegenüber dem Staat zu finden, der Ablehnung von Regierenden und Parteien entgegenzusteuern und die in der Bevölkerung grassierende grundsätzliche Unzufriedenheit und Skepsis gegenüber Politik im Allgemeinen zu bewältigen.

Einen Ansatzpunkt hierfür sieht Macron in einer Reform des Staatswesens. So betonte er nicht erst seit dem Ausbruch der Corona-Krise, dass der Zentralstaat einer tiefgreifenden Neuorganisation bedürfe und mehr Kompetenzen auf die lokale Ebene abgegeben werden müssten. Teile der Pariser Zentralverwaltung sollen nach seinen Vorstellungen auf das ganze Land verteilt werden. Ein weiterer Aspekt hierbei ist auch die Modernisierung der öffentlichen Verwaltung.⁵¹ Diese soll bürgerlicher werden – auch im geografischen Sinne –, was eine wichtige Bilanz der *Grand Débat National* war, bei der viele Bürger_innen geklagt hatten, ihre alltäglichen Verwaltungsgänge nach zahlreichen Behördenschließungen nicht mehr vor Ort erledigen zu können.

Um die Akzeptanz für seine Reformpläne in der Gesellschaft zu sichern, ist Macron dabei auf die von ihm gegründete Bewegung *La République en Marche* angewiesen. Doch um welche Art von Organisation handelt es sich hierbei und wofür steht die Bewegung?

⁴⁸ Vgl. Rouban, a.a.O.

⁴⁹ Vgl. Uterwedde, a.a.O., hier S. 100.

⁵⁰ Vgl. <https://www.conventioncitoyennepourleclimat.fr/> [eingesehen am 29.11.2020].

⁵¹ Vgl. Kempin, Ronja/Rehbaum, Dominik: Emmanuel Macrons „neuer Weg“, in: SWP aktuell, Nr. 67, 09/2020, URL: https://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/aktuell/2020A67_Macron.pdf [eingesehen am 8.11.2020].

Europa im Herzen – aber welches?

Das Thema „Europa“ hat sich seit den 1990er Jahren als ein Haupt-*Cleavage*, also ideologischer Graben, in der politischen Landschaft Frankreichs etabliert. Jahrelang zog er sich hauptsächlich quer durch die etablierten Parteien, die beispielsweise bei den Referenden über den Maastricht-Vertrag oder die Verfassung für die EU stets gespalten waren. Einzig die Zentrumsparteien waren uneingeschränkt pro-europäisch ein- und aufgestellt. Entsprechend ist es nicht nur etwas politisch Neues, dass ein Präsident regiert, weil er explizit pro-europäischen Wahlkampf gemacht hat. Neu ist auch, dass sich mehrere pro-europäische (Klein-)Parteien im Zentrum Konkurrenz machen und unterschiedliche Strategien wählen.

Diese Strategien äußern sich nicht nur in der Entscheidung für oder gegen gemeinsame Wahllisten, sondern auch in der Wahl der Fraktion im Europaparlament. Besonders auffällig im Vorfeld der Europawahlen 2019 war, dass sich die UDI nicht der LREM-geführten Renaissance-Liste angeschlossen hatte, obwohl hier die ehemaligen und traditionellen Verbündeten aus MoDem, MR und Agir vertreten waren. Im Gegensatz zu Les Centristes, die mit den Républicains eine gemeinsame Liste bildeten, entschied sich die UDI zu einem Alleingang. Dies ist umso erstaunlicher, wäre sie doch – im Falle des Einzugs ins EP – am Ende in derselben Fraktion vertreten gewesen wie die anderen – gemeinsam antretenden – französischen Zentrumsparteien.

Doch wie lassen sich diese drei unterschiedlichen Strategien begründen? Und welche inhaltlichen Nuancen waren im Wahlkampf zu erkennen?

Emmanuel Macron hat in seiner Rede in der Sorbonne, in der er seine Vorstellungen von Europa darlegte, deutlich Stellung bezogen für ein stärkeres, demokratischeres und innovativeres Europa: zunächst durch die Forderung eines gemeinsamen Budgets der Eurozone in Verbindung mit einem europäischen Finanzminister. Dieses Budget solle, so Macron, aus einer gemeinsamen Unternehmenssteuer finanziert werden. Vorge schlagen wurde auch eine gemeinsame Verteidigungspolitik mit einem gemeinsamen Budget. Auch die Asylpolitik soll seinen Vorschlägen nach vereinheitlicht werden. Zudem forderte Macron eine Angleichung der Steuerpolitik zum Beispiel bei der Besteuerung von Internetgiganten und gemeinsame Initiativen für eine innovationsfördernde Wirtschaftspolitik. Das Wahlprogramm von LREM und MoDem für die Renaissance-Liste der Europawahlen 2019 stellte etwas andere Aspekte in den Mittelpunkt:⁵² Nachhaltigkeit, eine gemeinsame Digitalsteuer, die Stärkung der Frauenrechte und mehr Austausch durch ein Erasmus-Programm für breitere Zielgruppen über Studierende hinaus. Insgesamt wird deutlich, dass die visio-

nären, von Macron in seiner Funktion als Regierungschef geäußerten Forderungen an ein geeintes Europa eine andere Dimension haben als die Forderungen der Renaissance-Liste. Gleichzeitig stehen sie nicht im Widerspruch zueinander, hatte Macron mit seinem europaweiten Aufruf zu einer europäischen Renaissance doch den Grundgedanken für das gemeinsame Projekt von LREM und MoDem und wenig später weiterer französischer Zentrumsparteien gelegt.

Jean-Christophe Lagarde, Parteivorsitzender und Spitzenkandidat der UDI bei den Europawahlen, hat den Abgrenzungskurs seiner Partei vom Renaissance-Projekt des Präsidenten damit begründet, dass dieses nicht weit genug gehe.⁵³ Zwar, so seine Linie, unterstütze man die europapolitischen Forderungen Macrons, doch reichten diese nicht aus, um Europa zu einer internationalen Macht aufzubauen. Er fordert daher ein föderales Europa und eine tiefgreifende Transformation. Der freie innereuropäische Markt solle dabei erhalten bleiben, aber vor ultraliberalen Auswüchsen geschützt werden. Die EU soll im internationalen System an Stärke und Macht gegenüber den wichtigsten Partnern gewinnen und die Leitwerte der Gemeinschaft nach außen verteidigen. Diverse Kompetenzen sollen in strategisch relevanten Bereichen wie der Wirtschafts- und Asylpolitik an Europäische Ministerien übertragen werden.⁵⁴ Angesichts der Tatsache, dass Programmvergleiche der unterschiedlichen Zentrumsparteien im Hinblick auf Europa auf große Überschneidungen bei den Schlüsselthemen hinweisen, zeigt sich, dass Lagarde wohl auch strategische Gründe für den Alleingang hatte:⁵⁵ Aus seiner Sicht würde eine einheitliche pro-europäische Liste den Graben zwischen Europa-Gegner_innen und -Befürworter_innen noch vertiefen und diese Konfliktlinie über die inhaltliche Auseinandersetzung mit bestimmten Reformvorschlägen stellen und damit den zweiten Wahlgang der Präsidentschaftswahlen zwischen einer progressiven, pro-europäischen Mitte und der europafeindlichen, radikalen Rechten reproduzieren. Dies wiederum würde die Europawahl letztlich zu einer Abstimmung über Macron und seine Politik machen, was der Sache nicht gerecht würde.

Im Gegensatz zu den anderen Zentrumsparteien sind Les Centristes ihrer Bündnislinie mit den Républicains auch auf europapolitischer Ebene treu geblieben. Hier dürfte zunächst das Kalkül, zwei erfolgversprechende Listenplätze besetzen zu können, ein Argument gewesen sein. Programmatisch wird in der Begründung der Bündnisstrategie betont, Europapolitik müsse hellsichtig und nicht naiv geschehen – was mit den Républicains am besten möglich sei. Erster inhaltlicher Schwerpunkt ist der Schutz der Außengrenzen und der Versuch, über einen „Marshall-Plan“ für Afrika (illegale) Einwanderung in den Griff zu bekommen.⁵⁶

⁵² Renaissance: En marche pour l'Europe, URL: https://storage.googleapis.com/en-marche-fr/pole_idees/Programme%20Renaissance%20E%CC%81lections%20Europe%CC%81ennes.pdf [eingesehen am 8.11.2020].

⁵³ Vigogne, Ludovic: Jean-Christophe Lagarde (UDI): „Une seule liste proeuropéenne pourrait transformer le scrutin en référendum“, in: l'opinion.fr, 7.6.2018, URL: <https://www.lopinion.fr/edition/politique/jean-christophe-lagarde-udi-seule-liste-proeuropeenne-pourrait-152661> [eingesehen am 8.11.2020].

⁵⁴ UDI: Les 9 missions stratégiques que nous allons devoir remplir pour une Europe puissante, in: parti-udi.fr, 23.6.2018, URL: <https://www.parti-udi.fr/les-9-missions-strategiques-que-nous-allons-devoir-remplir-pour-une-europe-puissante/> [eingesehen am 8.11.2020].

⁵⁵ Vgl. z. B. Boichot, Loris: Pour qui voter le 26 mai? Comparez les programmes des candidats, in: lefigaro.fr, 9.5.2019, URL: https://www.lefigaro.fr/assets/infographie/print/fixem/INF_HTML/propositions_europeennes_2019/ [eingesehen am 8.11.2020].

⁵⁶ <http://www.les-centristes.fr/notre-motion-pour-une-alliance-avec-les-r%C3%A9publicains> [eingesehen am 8.11.2020].

Zwischenfazit: Neue Player im Zentrum?

Betrachtet man Rhetorik, Bündnisstrategien und programmatischen Eklektizismus, bestehen kaum Zweifel daran, dass Frankreich durch einen zentristisch orientierten Präsidenten im Zentrum regiert wird. Allerdings gehören Macron und seine Bewegung nicht den traditionellen Zentrumsparteifamilien an – nehmen inhaltlich dort aber zahlreiche Anleihen. Dies unterstreicht nicht zuletzt auch die Tatsache, dass die traditionellen Vertreter_innen des Zentrums LREM als legitimen Bündnispartner und Macron als Leader ihrer gemeinsamen Sachen anerkennen. Macron hat strategisch nicht wenige Aspekte des Wahlkampfes Bayrous 2007 übernommen, der ebenfalls mit einer Zentrumsstrategie und einer Inszenierung *hors-système* (außerhalb des Systems) viele Stimmen gewinnen konnte. Ein Unterschied könnte allerdings in der Ausgestaltung des Zentrumswegs gelegen haben: Während Bayrou in Einzelkämpfermanier betonte, weder links noch rechts zu sein, bemühte sich Macron, eine Synthese von links, Mitte und rechts zu bilden. Macrons Dritter Weg befindet sich so in der Tradition unterschiedlicher Zentrumsakteure, die sich die Art des lagerübergreifenden Politikmachens, die Abgrenzung zum Extremismus und eine gewisse Ideologiekritik zu eigen gemacht haben. Seine Versuche, seiner liberalen Wirtschaftspolitik eine soziale Note zu geben und sich damit in die Tradition sozialdemokratischer Dritter Wege zu stellen, fanden bislang allerdings nur auf dem Papier Niederschlag.

Umfragen jedenfalls zeigen, dass Macron von allen Politiker_innen in Frankreich am ehesten als wichtigster Vertreter des Liberalismus wahrgenommen wird. Gleichzeitig ist seine Politik vielen Sympathisant_innen des linken Lagers zu

liberal, denen des rechten Lagers *nicht liberal genug* – zumindest laut einer Erhebung, die den Begriff „liberal“ nicht genauer definierte und offenbar von den Befragten deuten ließ.⁵⁷ Dies wiederum zeigt einmal mehr, was in Frankreich gemeinhin unter dem Attribut „liberal“ verstanden wird – in erster Linie eine *wirtschaftsliberale* Einstellung. Schaut man sich Macrons politische Positionen allerdings genauer an, ergibt sich ein differenzierteres Bild: Mit seiner rhetorischen Schwerpunktsetzung auf Themen, die nicht dem typischen französischen Links-rechts-Schema entsprechen, entzieht er sich gewissermaßen einer Einordnung auf dieser Achse. Ihn als liberal und progressiv auf der kulturellen und Werteebene und damit traditionell eher im (gemäßigten) linken Lager einzuordnen, liegt angesichts seiner Haltung beispielsweise zum Thema künstliche Befruchtung für alle Frauen (also auch für lesbische Paare und Alleinstehende) oder zur Gleichberechtigung von Männern und Frauen sowie von gleichgeschlechtlichen Paaren nicht fern. Dieser Wahrnehmung entspricht auch das Profil seiner Wähler_innen des Jahres 2017. Mit seiner unternehmens- und marktfreundlichen Wirtschaftspolitik hingegen wäre er als Wirtschaftsliberaler wiederum eher auf der rechten Seite zu verorten. Diese nach wie vor bestehende Verwirrung über die ideologische Einordnung zeigt sich auch in der schon genannten Umfrage, wonach 19 Prozent der Befragten zustimmten, dass sich LREM selbst als liberal bezeichnen sollte, 17 Prozent sind eher für sozialliberal, 14 Prozent für zentristisch und immerhin zehn Prozent für die Selbstzuschreibung sozialdemokratisch.⁵⁸ Insgesamt, so scheint es, ist Macron damit ein sozialliberaler Spagat zwischen bzw. eine Addition wirtschafts- und gesellschaftlich liberaler Werte gelungen, der für die politische Landschaft untypisch und für seine eigene politische Zukunft mindestens herausfordernd ist.

⁵⁷ Vgl. Ifop: Les Français et le libéralisme, a.a.O.

⁵⁸ Vgl. ebd.

Frankreich, quo vadis?

Insgesamt stellten die Wahlen 2017 einen Kristallisationspunkt in der Entwicklung des französischen Parteiensystems dar, dessen Folgen noch nicht endgültig absehbar sind. Vielmehr erscheint die aktuelle Legislaturperiode wie eine Phase des Übergangs, an deren Ende sich entscheiden wird, wie es für die etablierten Parteien weitergeht und um welche Schlüsselthemen bzw. *cleavages* sich künftige Wahlentscheidungen drehen werden.

Der überraschende Wahlsieg Macrons und die Sogwirkung seiner Bewegung auf Moderate und Zivilgesellschaft, das Zerbröseln der Parti Socialiste, die Grabenkämpfe innerhalb der Républicains, die Rückkehr der Grünen auf die politische Bühne sowie die Stärke der beiden Extreme zeigen die Dynamik, die derzeit in den politischen Strukturen Frankreichs steckt. Nach Jahrzehnten der Stabilität, in der sich zwei fast gleichstarke Lager mit je einem starken und einem schwächeren Akteur die Macht aufteilten, wurde dieser häufig beschriebene „*bipartisme imparfait*“ (Grunberg) spätestens ab 2002 vom Erstarken des Front National herausgefordert und infrage gestellt. Während es den Sozialisten seit fast fünf Jahrzehnten nicht gelungen ist, sich zu reformieren, und sie dies heute auf nationaler Ebene mit elektoralen Existenzängsten bezahlen müssen, machten die ehemaligen Gaullisten etliche Häutungsprozesse durch, um sich heute, auf einen wertkonservativ-nationalen Kern reduziert, in der schwächsten Position seit Langem wiederzufinden. In beiden ehemaligen Regierungsparteien tobt der Kampf zwischen Moderation und Radikalisierung, werden die traditionellen Spielregeln von der Polarisierung des politischen Lebens herausgefordert. Während mit François Hollande 2012 noch ein gemäßigter Sozialist, ein Sozialdemokrat, zum Präsidenten gewählt worden war, setzten sich bei den *primaires* 2017 die ideologischen Hardliner unter den Mitgliedern und Sympathisant_innen der Parteien durch. Doch konnten die so gewählten Kandidaten nicht mit den „Originalen“ der jeweiligen Extreme mithalten – und waren gleichzeitig für die Gemäßigten beider Lager, die Zentrist_innen und Distanzierten, kaum wählbar.

Diese Leerstelle hat Emmanuel Macron besetzt. Mit einer Inszenierung als überparteilicher und systemfremder Kandidat gelang es ihm, das bestehende System aufzuwirbeln. Nicht vergessen werden sollte dabei, wie wenige Stimmen er effektiv im ersten Wahlgang erhalten hat, und wie wenige davon aus Überzeugung an ihn verteilt wurden. Kaum ein Aspekt hat Macron stärker ins Amt getragen als die republikanische Vernunft des *vote utile* („nützliches Wählen“, also rational und nicht ideologisch begründet) zur Verhinderung anderer Kandidat_innen in Verbindung mit dem „*ras-le-bol*“- (Nase-voll-)Gefühl vieler Menschen in Frankreich gegenüber den Vertreter_innen der etablierten Parteien. Macron wurde von vielen nicht

wegen seines – sowieso eher dünnen – Programms gewählt, sondern als kleineres Übel. Die Frage ist, was er und seine Partei aus dieser außergewöhnlichen Chance machen, die sie mit Geschick und kluger Politik ergriffen haben. Denn: Dritte Wege sind gerade in Krisenzeiten nichts Ungewöhnliches in Frankreich – seltener ist allerdings die Tatsache, diese Strategie über die punktuelle Erfolgssituation heraus aufrechtzuerhalten und „in die Langstrecke“ zu überführen. Zuletzt war das Charles de Gaulle gelungen, der 1958 inmitten einer der größten Krisen der Französischen Republik als überparteilicher Landesvater eingesetzt wurde. Im Gegensatz zu Macron kamen allerdings weder de Gaulle noch seine Gaullisten aus dem Nichts. Doch erscheint es aus dieser Perspektive durchaus nachvollziehbar, warum sich Emmanuel Macron immer wieder auf den Begründer der V. Republik bezieht, wenn er seine Politik in einen großen Zusammenhang stellt.

Ob es Macron und LREM gelingen wird, dauerhaft den Raum in der Mitte zu besetzen und das französische Zentrum mit neuen, progressiven Ideen zu bereichern, wird die Zukunft zeigen. Die Tatsache jedenfalls, dass Macron geschickt einen politisch leer gewordenen Raum in der Mitte besetzt hat, heißt noch lange nicht, dass er und seine Partei dort verbleiben werden. Vieles wird von der Entwicklung der bisher etablierten Parteien LR und PS abhängen und der Frage, ob sie den Raum links und rechts des Zentrums dauerhaft unbesetzt lassen. Auch ist die Frage offen, ob die Regierung Macron wirklich sukzessive nach rechts rücken wird, um bei den kommenden Wahlen ein liberal-konservatives Publikum anzusprechen. Und nicht zuletzt könnte sich für LREM die fehlende lokale Verankerung – das haben die Kommunalwahlen gezeigt – noch als Problem erweisen.

Deutlich wird allerdings bereits, dass die Polarisierung zwischen einer selbsternannten „moralisch guten“ Mitte, deren Politik besserverdienende Globalisierungsgewinner_innen adressiert, und den Vertreter_innen der Extreme, deren politisches Programm von Ersterer als unmoralisch dargestellt wird, eine Gefahr für die Demokratie birgt. Zahlreiche Bürger_innen, die sich inhaltlich nicht mit dem Programm von LREM identifizieren können bzw. sich dieses aufgrund ihrer prekären sozialen Lage schlicht nicht leisten können, könnten so in die Arme extremer Parteien getrieben werden. Nicht umsonst entspricht die Wahlgeografie Macrons und Le Pens im Vergleich einer Karte des armen und des reichen Frankreichs, der Globalisierungsgewinner_innen und -verlierer_innen. Diese Polarisierung ließe sich insbesondere dann einhegen, wenn sich die parteipolitischen Akteur_innen zwischen LREM und Rassemblement National bzw. La France Insoumise neu aufstellen und erholen.

Die Kommunalwahlen 2020 weisen zumindest in die Richtung, dass beide Lager ihre traditionelle lokale Verankerung noch nicht gänzlich verloren haben. Sie zeigen auch, dass mit den Grünen von EELV angesichts der wachsenden Dringlichkeit des Klimawandels nach wie vor zu rechnen ist. Sichtbar wurde auch, dass LREM und EELV um eine ähnliche Wählerschaft ringen. Aufgrund ihrer Unzufriedenheit mit der Politik Macrons hat diese sich einer neuen Alternative, den Grünen, zugewendet – ein Phänomen, das 2009 bereits François Bayrou erleben musste, dessen Wählerschaft der Präsidentschaftswahl 2007 zwei Jahre später bei den Europawahlen reihenweise zu den Grünen abgewandert war. Zwar hat Macron mit der Auswahl von Jean Castex als neuem Premierminister deutlich gemacht, dass er derzeit nicht in Richtung einer grünen Bündnisstrategie denkt, doch könnte dies ein vielversprechender Weg sein, die noch brüchige Wählerbasis von LREM zu stabilisieren.

Eine zweite generelle Frage, die die Wahl Macrons, der Erfolg der Bewegung LREM sowie die *Gilets Jaunes* und die große Nationale Debatte mit sich bringen, ist die nach einer Aufwertung der Zivilgesellschaft und partizipatorischer Elemente im demokratischen Prozess. Nach Jahrzehnten der Politik, in denen Partei-Elefanten (so werden in Frankreich die Parteiveteran_innen genannt, die sich seit Jahr und Tag Ämter teilen) und statisch gewordene Parteien die Macht geteilt haben, gestört nur durch die ritualisierten Proteste und Arbeitskämpfe der arrivierten Gewerkschaften, hat sich im demokratischen

Prozess offenbar etwas verändert. Politisches Engagement wird besonders seit Gründung von En Marche! auch anders, niedrigschwelliger und moderner gedacht. Andere Parteien versuchen gar, den Start up- und Bewegungskarakter von LREM zu imitieren. Und auch Proteste haben sich verändert, die Gewerkschaften haben ihr Monopol im Meinungskampf offenbar verloren. Die dezentral und unorchestriert auftretenden Proteste der Gelbwesten haben gezeigt, dass die Zivilgesellschaft sich auch aus sich heraus organisieren und eine Meinung bilden kann. Ob die Beteiligungsmöglichkeiten, die im Nachgang der Protestwelle versprochen wurden, dauerhaft etabliert werden, muss sich allerdings noch zeigen.

Damit kann die Wahl Macrons auch als Chance und Weckruf für ein versteinertes politisches System gesehen werden, in dem Misstrauen und Unzufriedenheit dominierten, die Parteien die Bürger_innen schon lange nur noch mangelhaft repräsentierten, die politischen Vertreter_innen mit ihrer *langue de bois* („hölzernen Sprache“, wie der politische Duktus in Frankreich genannt wird) schon lange nicht mehr den richtigen Ton trafen und die bestehenden politischen Beteiligungswege vielen überholt erschienen. Dieses Verdienst kann sich Emmanuel Macron bereits zuschreiben. Ob es ihm gelingt, Frankreich durch die Corona-Krise und ihre Folgen zu führen sowie die zahlreichen weiteren Herausforderungen zu bewältigen und seine ambitionierten Reformen zur Modernisierung des Landes zu vollenden, steht indes auf einem anderen Blatt.

Über die Autorin



Dr. Daniela Kallinich

ist Politikwissenschaftlerin. Sie hat am Göttinger Institut für Demokratieforschung zu Parteien und Politik in Frankreich und Deutschland geforscht und wurde mit einer Studie zum politischen Zentrum in Frankreich promoviert. Zuletzt ist von ihr erschienen: Das Mouvement Démocrate. Eine Partei im Zentrum der französischen Politik.

